

## 2.

### Die Reform des Schwurgerichts.

Von Werner Rosenberg, Oberlandesgerichtsrat in Colmar.

#### I.

#### Die Gegner des Schwurgerichts.

In der Reichstagsitzung vom 21. November 1876 hat der preussische Justizminister Leonhardt die Behauptung aufgestellt, daß das Institut der Jury dem Abend seines Lebens entgegen gehe.<sup>1)</sup> Gegen die Richtigkeit dieses Satzes scheint die Tatsache zu sprechen, daß alle neueren Gesetzentwürfe in Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich, welche die Reform des Strafverfahrens zum Gegenstand haben, an dem Schwurgericht festhalten. In Wirklichkeit jedoch wird durch andere, unbestrittene und unbestreitbare Tatsachen bestätigt, daß das „Weltinstitut“ des Schwurgerichts in den europäischen Staaten den Höhepunkt seiner Entwicklung bereits überschritten hat.

Am schärfsten und klarsten tritt der Niedergang des Schwurgerichts in der Schweiz hervor. In seiner Abhandlung über „Die Schöffeneinrichtung im Kanton Tessin“ sagt Gabuzzi, daß die Jury in dem genannten Kanton 1883 ohne Sang und Klang begraben worden sei: „Raum einer trat zu ihrer Verteidigung auf.“<sup>2)</sup> Rothenberger führt in seinem Buche „Geschichte und Kritik des Schwurgerichtsverfahrens in der Schweiz“ (1903) aus, daß das Schwurgericht auf der ganzen Linie zum Rückzug gedrängt sei:

„Beseitigung der Jury in Tessin 1883, für den Militärstrafprozeß des Bundes 1889, ... der korrekzionellen Jury im Kanton Waadt 1886; Revision unter Anlehnung an das Schöffengericht in Genf 1890; fortwährende, weit-

<sup>1)</sup> Sten. Ber., S. 260.

<sup>2)</sup> In dem Sammelwerk „Schwurgerichte und Schöffengerichte“, herausgegeben von B. Mittermaier und M. Liepmann, Band 1, siebentes Heft (1908), S. 669.

gehende Beschränkung ihrer Zuständigkeit im Bunde und in den Kantonen.“<sup>3)</sup>)

Nach diesen Vorgängen in der freien Schweiz kann nicht mehr behauptet werden, daß das Schwurgericht ein „Balladium der Freiheit“ sei, daß die Abschaffung desselben die Rechte der Staatsbürger gefährde und daß die Gegner des Schwurgerichts politische Reaktionäre seien.

In Frankreich ist durch Gesetz vom 16. März 1893 die Zuständigkeit der Schwurgerichte für Pressachen beschränkt worden. Größer und wichtiger sind die Beschränkungen, welche durch eine ständige, bis auf das Jahr 1838 zurückgehende Gerichtspraxis herbeigeführt worden sind. Die große Masse der Schwurgerichtssachen wird korrektonalisiert d. h. durch Unterdrückung eines erschwerenden Umstands vor die Zuchtpolizeikammern gebracht. Die Komödie einer Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht welche die gesetzliche Regel bei allen Verbrechen bilden sollte, wird als Ausnahme nur noch in Sensationsprozessen aufgeführt. Auf der zweiten Landesversammlung, welche die französische Gruppe der Internationalen kriminalistischen Vereinigung 1907 in Toulouse abhielt, hat der Berichterstatter Signorel diese Zustände mit der größten Offenheit geschildert:

„Plus que jamais la correctionnalisation est entrée dans les mœurs judiciaires. Elle est pratiquée journellement.“ — „Le jury n'est plus saisi de tous les crimes. Il ne connaît que ceux que les Parquets ne peuvent pas raisonnablement lui enlever, les crimes sensationnels.“<sup>4)</sup>)

Daß die Ausführungen des Berichterstatters nicht übertrieben waren, beweist der ganze Verlauf der Verhandlungen, in welchen das System der Korrektonalisierung nicht bloß zugegeben, sondern auch gerechtfertigt<sup>5)</sup>) oder wenigstens entschuldigt wurde.

In England hat sich ebenfalls das Bedürfnis herausgestellt, die Zuständigkeit der Schwurgerichte zu beschränken. Durch den Summary Jurisdiction Act von 1879 sowie durch spätere Gesetze ist

<sup>3)</sup> S. 337—338.

<sup>4)</sup> Mitteilungen der ZKB., Bb. 15, S. 81, 83.

<sup>5)</sup> Mitteilungen, S. 88—128.

die Möglichkeit geschaffen worden, indictable offences vor den Polizeigerichten abzuurteilen.<sup>6)</sup> Von dieser Möglichkeit wird auch sehr häufig Gebrauch gemacht, wie die bei Högel und bei Liepmann-Mannhardt mitgeteilten Ziffern beweisen.<sup>7)</sup> Nach der bisherigen Entwicklung ist zu erwarten, daß in Zukunft noch weitere Schwurgerichtsaachen den Polizeigerichten zur Aburteilung übertragen werden.<sup>8)</sup>

Ein österreichischer Gesetzentwurf vom November 1909 will den Schwurgerichten nicht bloß die Preßdelikte, sondern auch diejenigen Delikte entziehen, welche mit Freiheitsstrafe von 5 bis 10 Jahren bedroht sind.<sup>9)</sup> In der Begründung dieses Entwurfs ist ausgeführt, daß das Geschworenengericht die Hoffnungen nicht erfüllt habe, die man bei seiner Errichtung hegte.<sup>10)</sup>

In Deutschland sind schon wiederholt Versuche gemacht worden, die Zuständigkeit des Schwurgerichts zu vermindern. In den Novellen zum Gerichtsverfassungsgesetz und zur Strafprozeßordnung, welche die Regierung 1885, 1894 und 1895 dem Reichstage vorlegte, war vorgeschlagen, die Verbrechen der Urkundenfälschung in den Fällen der § 268 Nr. 2, § 272, § 273 StGB., die Verbrechen im Amte in den Fällen der § 349, 351 StGB. sowie die nach § 209 und § 212 der alten Konkursordnung strafbaren Verbrechen der Strafkammer zu überweisen.<sup>11)</sup> Diese Vorschläge haben auch die Zustimmung des Reichstags gefunden.<sup>12)</sup> In den neuesten Gesetzentwürfen von 1908, 1909 und 1910 sind dieselben wiederholt und auf das Verbrechen der

<sup>6)</sup> Weidlich, Die englische Strafprozeßpraxis und die deutsche Strafprozeßreform (1906), S. 5.

<sup>7)</sup> Högel bei Mittermaier — Liepmann: „Schwurgerichte und Schöffengerichte“, Bd. 1, Heft 2, S. 63; Liepmann und Mannhardt, Summarisches Strafverfahren in England (1908), S. 52—53.

<sup>8)</sup> Liepmann-Mannhardt, S. 56.

<sup>9)</sup> Michrott, Deutsche Juristenzeitung, 1910, S. 52; Brunner J. 30 S. 864.

<sup>10)</sup> Dreher, Deutsche Richterzeitung, 1910, S. 107.

<sup>11)</sup> Reichstagsverhandlungen 6. Leg.-Periode, erste Session 1884—1885, Bd. 7 (Anlagen), Drucksache Nr. 399, § 73, B. 8—10, S. 1996, 9. Leg.-Periode, dritte Session 1894—1895, erster Anlageband, Drucksache Nr. 15, § 73, B. 10—12, S. 56; 9. Leg.-Periode, vierte Session 1895—1897, erster Anlageband, Drucksache Nr. 73, § 73, S. 341.

<sup>12)</sup> Vgl. den Bericht der Reichstagskommission, 9. Leg.-Periode, 4. Session, 1895—1897, dritter Anlageband, Nr. 294, S. 1572—1573, 1613.

Depot-Unterschlagung (§ 11, 12 des Reichsgesetzes vom 5. Juni 1896) ausgedehnt worden.<sup>13)</sup> In den Entwürfen von 1894 und 1895 war ferner vorgeschlagen, auch die Verbrechen des Meineids in den Fällen der §§ 153, 154, 155, die Sittlichkeitsverbrechen in den Fällen des § 176 und die Verbrechen des Widerstands gegen die Staatsgewalt in den Fällen der § 118, 119 StGB. den Strafkammern zu übertragen.<sup>14)</sup> Nach dem Vorentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch soll bei verschiedenen Verbrechen, welche gegenwärtig zur Zuständigkeit des Schwurgerichts gehören (§ 115 Abs. 2, § 116 Abs. 2, § 118, § 122 Abs. 3, § 125 Abs. 2, § 169, § 206, § 351 StGB.), der Höchstbetrag der angedrohten Strafen auf fünf Jahre Zuchthaus ermäßigt werden; vgl. § 126 Abs. 3, § 127 Abs. 2, § 130 Abs. 2, § 133 Abs. 2, § 177, § 209, § 221 Abs. 1 des Vorentwurfs. Diese Änderung des Strafmaßes würde gemäß § 73 Ziffer 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes sowie gemäß § 73 Ziffer 2 der Novelle die praktische Folge haben, daß die genannten Verbrechen der Zuständigkeit des Schwurgerichts gleichfalls entzogen werden.

Zu den Gegnern des Schwurgerichts gehören in Deutschland schon seit Jahrzehnten die meisten Richter und Staatsanwälte. Es genügt hier, einige der bekanntesten Namen zu nennen: von Schwarze,<sup>15)</sup> Lishausen,<sup>16)</sup> Stenglein,<sup>17)</sup> Hamm,<sup>18)</sup> Hagens,<sup>19)</sup> Lindenberg,<sup>20)</sup> Kroneder,<sup>21)</sup> Aschrott<sup>22)</sup> usw.<sup>23)</sup> Mit Recht sagt Stenglein in der Juristenzeitung:

<sup>13)</sup> Vgl. die Novellen zum Gerichtsverfassungsgesetz von 1908, 1909, 1910, § 73, Z. 6—8.

<sup>14)</sup> Reichstagsverhandlungen, 9. Leg.-Periode, dritte Session, 1894—1895, erster Anlageband, Drucksache, Nr. 15, § 74, Z. 4—6, S. 56; 9. Leg.-Periode, vierte Session, 1895—1897, erster Anlageband, Drucksache, Nr. 73, § 73, Z. 4 bis 6, S. 341.

<sup>15)</sup> von Schwarze, Das deutsche Schwurgericht und dessen Reform (1865); vgl. auch Hahn, Materialien zur StPD., Bd. 2, S. 1901.

<sup>16)</sup> Lishausen, Verh. des 18. Juristentags, Bd. 1, S. 257—272, Bd. 2, S. 306—307.

<sup>17)</sup> Stenglein, Verh. des 18. Juristentags, Bd. 2, S. 328, des 22. Juristentags, Bd. 1, S. 108—122, Juristenzeitung 1903, S. 11.

<sup>18)</sup> Hamm, Verh. des 22. Juristentags, Bd. 4, S. 451—464.

<sup>19)</sup> Hagens, Mitteilungen der JRV., Bd. 14, S. 288.

<sup>20)</sup> Lindenberg, Juristenzeitung, 1905, S. 616.

<sup>21)</sup> Kroneder, Verh. des 18. Juristentags, Bd. 2, S. 279—280, des 27. Juristentags, Bd. 4, S. 326; ferner bei Mittermaier-Liepmann, Bd. 1, S. 325.

„Wer die Stimmung bei Juristentagen, bei juristischen Gesellschaften usw. kennen gelernt hat, der wird nicht im Zweifel darüber sein, daß die Sympathien mit dem Geschworenen-Institut sich abgekühlt haben.“<sup>24)</sup>

Auch einige Vertreter des Anwaltstandes haben scharfe Kritik an dem Institut des Schwurgerichts geübt.<sup>25)</sup> Der Aufsatz von Görres über den „Wahrspruch der Geschworenen und seine psychologischen Grundlagen“ enthält wohl das Beste, was in dieser Frage überhaupt geschrieben worden ist.<sup>26)</sup> Auf dem Straßburger Anwaltstage (1903) hat ein sehr bekannter und berühmter Verteidiger — von Pannwitz aus München — ausgeführt, daß in zahlreichen Sensationsprozessen der Geschworene viel weniger als der Berufsrichter imstande sei, sich den unseligen Wogen der Volksstimmung zu entziehen.<sup>27)</sup> von Pannwitz geht allerdings nicht so weit, schon jetzt die gänzliche Abschaffung der Schwurgerichte zu verlangen. Er will jedoch dem vor das Schwurgericht verwiesenen Angeklagten das Recht einräumen, innerhalb einer Woche nach Verkündung des Verweisungsbeschlusses seine Aburteilung durch die Strafkammer zu beantragen; durch diesen Antrag soll die Zuständigkeit der Strafkammer begründet werden.

Unter den Professoren haben Binding,<sup>28)</sup> Hille, Hugo Meyer, Frank, Vennede, Beling, Hans Groß,

<sup>22)</sup> Aschrott, Reform des Strafprozesses (1906), Generalreferat, S. 62; Mitteilungen der JRV., Bb. 14, S. 223.

<sup>23)</sup> Schubert, Fuhr und Spindler bei Aschrott „Reform des Strafprozesses“, S. 5, 64, Anm., 498; — Zeitschrift „Recht“, 1903, S. 140, 1904, S. 525, 546, 1905, S. 188; Juristenzeitung 1910, S. 177, 184, Richterzeitung 1909, S. 55, 200, 304, 305, 386.

<sup>24)</sup> Juristenzeitung, 1903, S. 11.

<sup>25)</sup> Vgl. z. B. Cahn in der Richterzeitung, 1909, S. 72.

<sup>26)</sup> Görres, Juristisch-psychiatrische Grenzfragen (1903), S. 72—75.

<sup>27)</sup> Verhandl. des 16. deutschen Anwaltstags in Straßburg, 1903, S. 62 (Beilage zur Juristischen Wochenschrift).

<sup>28)</sup> Binding, Preussische Jahrbücher, Bb. 32 (Augustheft 1873); Die drei Grundfragen der Organisation des Strafgerichts (1876), S. 85; Grundriß des deutschen Strafprozeßrechts, 5. Aufl. (1904), S. 102. — Hille, Verh. des 18. Juristentags, 1886, Bb. 2, S. 314, des 22. Juristentags, 1893, Bb. 4, S. 473. — Hugo Meyer, Die Parteien im Strafprozeß (1889),

Rosenfeld, Max Ernst Mayer, Wach, Wachenfeld, Risch, van Calker u. a. die Institution des Schwurgerichts bekämpft. Manche dieser Angriffe sind in die schärfste und schroffste Form gekleidet, die überhaupt nur denkbar ist. Binding z. B. bezeichnet das Schwurgericht als die „verfehlteste“ Gerichtsorganisation, die menschlicher „Unverstand“ im Laufe der Jahrtausende ausgeheckt habe.<sup>29)</sup> In dem Lehrbuch von Bennede-Beling werden die Geschworenen „Dilettanten- oder Sonntags-Richter“ genannt.<sup>30)</sup>

Eine besondere Erwähnung verdient noch Gneist, der viele Jahrzehnte lang ein eifriger Verteidiger des Schwurgerichts war, auf dem Juristentage in Augsburg jedoch zu den Gegnern des erwähnten Instituts überging.<sup>31)</sup>

Der deutsche Juristentag, welcher Theoretiker und Praktiker, Professoren, Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte auf seinen Versammlungen vereinigt, hat bereits 1886 in Wiesbaden einen Antrag Süpfler-Dishausen angenommen, in welchem gesagt ist: „Die Schwurgerichte verdienen das ihnen teilweise geschenkte Vertrauen nicht.“<sup>32)</sup> In der Plenarsitzung des Juristentags ist dieser Beschluß allerdings dahin abgeschwächt worden, daß die damalige Einrichtung des schwurgerichtlichen Verfahrens dringend reformbedürftig sei.<sup>33)</sup>

Neue und gefährliche Gegner sind den Geschworenen aus den Kreisen der medizinischen Sachverständigen erwachsen. Medi-

§. 28. — Frank, Verh. des 22. Juristentags, Bd. 2, S. 20. — Bennede-Beling, Lehrbuch des deutschen Strafprozeßrechts (1900), S. 50. — Hans Groß, Handbuch für Untersuchungsrichter (1894), S. 41—45. — Rosenfeld, Der Reichsstrafprozeß, 3. Aufl. (1909), S. 52, 279. — Max Ernst Mayer, Rechtsnormen und Kulturnormen (1903), S. 99—100. — Wach, Juristenzeitung, 1905, S. 85—91, 1909, S. 12. — Wachenfeld bei Uchrott „Reform des Strafprozesses“, S. 18—31. — Risch, Unsere Gerichte und ihre Reform (1908), S. 154. — van Calker, Blätter für vergleichende Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre, Jahrgang 5 (1909), S. 92.

<sup>29)</sup> Gerichtssaal, Bd. 64, S. 19.

<sup>30)</sup> Bennede-Beling, Lehrbuch des deutschen Strafprozeßrechts (1900), S. 50, Anm. 14.

<sup>31)</sup> Verh. des 22. Juristentags, Bd. 4, S. 448, 480.

<sup>32)</sup> Verh. des 18. Juristentags, Bd. 2, S. 332—333.

<sup>33)</sup> Verh., Bd. 2, S. 426.

zinalrat Dr. Leppmann hat auf der Landesversammlung der J. R. V. in Berlin (1909) erklärt: „Man muß es offen aussprechen, daß jeder, der Jahre der Praxis als Sachverständiger hinter sich hat, ein Gegner der Schwurgerichte sein muß, mögen diese sonst eine noch so hohe soziale oder politische Bedeutung haben; denn jeder muß sagen, daß gerade die ärztlichen Gutachten von Schwurgerichten nicht verstanden oder nicht geachtet werden.“<sup>34)</sup>

Professor Aschaffenburg schreibt: „Die Stellung des Geisteskranken gegenüber den Geschworenen ist sehr viel schlechter als gegenüber dem berufsmäßigen Strafrichter. Und während wir hoffen können, das Verständnis bei den Juristen immer mehr zu vertiefen und zu verbessern, werden wir den Geschworenen gegenüber stets mit dem völligen Fehlen der notwendigsten Vorkenntnisse in der Psychiatrie zu rechnen haben.“<sup>35)</sup>

Die Kommission von juristischen Sachverständigen, welche das Reichsjustizamt 1903 zur Beratung der Strafprozeßreform berufen hatte, ist ebenfalls — und zwar einstimmig — der Ansicht gewesen, daß die Schwurgerichte beseitigt werden müssen.<sup>36)</sup> Trotzdem haben die verbündeten Regierungen nicht den Mut gefunden, den Vorschlägen ihrer eigenen sachverständigen Berater zu folgen. Aus Furcht vor dem Geschrei einiger Berufspolitiker, Journalisten, Professoren und Verteidiger haben sie nicht bloß auf die Beseitigung der Schwurgerichte, sondern auch auf jede ernstliche Verbesserung derselben verzichtet. Durch ein solches — rein passives — Verhalten wird indessen den vorhandenen Übelständen nicht abgeholfen. Welches diese Übelstände sind, soll im folgenden Kapitel näher erörtert werden.

<sup>34)</sup> Mitteilungen der JRV., Bd. 16, S. 307.

<sup>35)</sup> Aschaffenburg bei Mittermaier-Leppmann, Bd. 1, S. 115; ferner Monatschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform, vierter Jahrgang (1908), S. 253; vgl. auch Gaupp in derselben Monatschrift, sechster Jahrgang (1909), S. 167.

<sup>36)</sup> Protokolle der Kommission für die Reform des Strafprozesses, Bd. 2, Seite 1.



## II.

## Die Mängel des Schwurgerichts.

Ein erheblicher Mangel der Schwurgerichte besteht schon darin, daß dieselben keine ständigen Gerichtshöfe sind, sondern nur periodisch gebildet werden. Dieser Umstand hat in doppelter Richtung Nachteile zur Folge. Bei denjenigen Anklagen, welche kurze Zeit nach Schluß einer Schwurgerichtssession erhoben werden, wird die Erledigung des Verfahrens verzögert und die Untersuchungshast um mehrere Monate — zuweilen um ein halbes Jahr — verlängert.<sup>37)</sup> Bei denjenigen Anklagen, welche kurz vor oder während einer Schwurgerichtssession erhoben werden, wird die Erledigung des Verfahrens übermäßig beschleunigt. Dem Staatsanwalt, dem Verteidiger und dem Präsidenten wird zugemutet, in wenigen Stunden dicke Aktenbündel durchzuarbeiten, eine gründliche Vorbereitung der Beteiligten ist vielfach kaum möglich.

Ein weiterer Mangel der Schwurgerichte besteht darin, daß sich unter den Geschworenen häufig ungeeignete Elemente befinden. Die Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes über die Bildung der Vorschlagslisten bieten keine ausreichenden Garantien, daß die vorgeschlagenen Personen in körperlicher, geistiger und moralischer Beziehung die erforderlichen Eigenschaften haben. Nicht selten kommt es vor, daß der Vorsitzende des Ausschusses erst seit wenigen Wochen oder Monaten im Bezirk ansässig ist; in solchen Fällen fehlt ihm jede Personalkennntnis. In großen Städten wird auch bei längerem Aufenthalte seine Bekanntschaft mit den Einwohnern des Gerichtsbezirks verhältnismäßig gering sein. Kennt der Vorsitzende Land und Leute, so sucht er vielfach die besten Elemente für die Schöffensliste aus;<sup>38)</sup> den

<sup>37)</sup> Ein Beispiel bietet folgender Fall aus der Praxis: Der Italiener Antonio Peccolo wurde am 6. Februar 1909 in Obersept festgenommen, weil er zwei falsche Fünfmarsstücke ausgegeben hatte. Bei seiner richterlichen Vernehmung — 7. Febr. — legte er ein volles Geständnis ab. Die Voruntersuchung wurde am 13. Februar 1909 eröffnet und am 17. Mai 1909 geschlossen. Die Einreichung der Anklageschrift erfolgte am 29. Mai, die Eröffnung des Hauptverfahrens am 7. Juni, die Aburteilung durch das Schwurgericht Mülhausen am 11. Oktober 1909. (K 6/09.)

<sup>38)</sup> Vgl. die Motive des Entwurfs von 1885, Reichstagsverhandlungen 6. Leg.-Periode, erste Session, 1884—1885, Bd. 7, Drucksache Nr. 399, S. 2002.



Nest, der ihm aus sachlichen oder persönlichen Gründen weniger angenehm ist, setzt er auf die Geschworenenliste. Auf diese Weise erklärt es sich, daß Juden nur in geringer Zahl als Schöffen, dagegen in verhältnismäßig großer Zahl als Geschworene fungieren. Für die übrigen Mitglieder des Ausschusses sind gleichfalls nicht bloß sachliche, sondern manchmal auch persönliche, lokale, politische und andere Gesichtspunkte maßgebend.

Der dritte Mangel des Schwurgerichts besteht in dem Mißbrauch, welcher mit dem Ablehnungsrecht von der Verteidigung, teilweise auch von der Staatsanwaltschaft getrieben wird. Unter den Verteidigern — besonders in großen Städten — gibt es strupellose Elemente, welche mit allen Mitteln darauf hinarbeiten, eine Freisprechung zu erzielen. Solche Elemente benutzen das Mittel der Ablehnung dazu, um diejenigen Geschworenen, welche höherer Intelligenz oder größerer Selbständigkeit verdächtig sind, von der Teilnahme an der Richterbank auszuschließen. Die Staatsanwälte mißbrauchen das Ablehnungsrecht, um ihren Jagdfreunden oder anderen guten Bekannten eine Gefälligkeit zu erweisen. Infolge dessen kommt es vor, daß ein Rentner oder pensionierter Offizier, der gar nichts zu tun hat, von der Teilnahme an einer mehrtägigen Schwurgerichtsverhandlung befreit wird, während ein vielbeschäftigter Bauunternehmer, Fabrikant oder Kaufmann seine staatsbürgerlichen Pflichten als Geschworener erfüllen muß.

Das ganze Verfahren bei Bildung der Geschworenenbank ist mit einer zwecklosen Zeit-, Kraft- und Geldverschwendung verbunden.<sup>39)</sup> Jeden Morgen müssen 24 bis 30 Geschworenen — zum Teil aus weiter Ferne — an der Gerichtsstelle erscheinen, von denen mindestens die Hälfte eine Viertelstunde später wieder nach Hause geschickt wird. Bei denjenigen Geschworenen, welche fortgesetzt abgelehnt werden, stellt sich leicht das Gefühl einer unverdienten Kränkung ein; dasselbe ist natürlich nicht geeignet, ihre Freude am Geschworenendienst zu erhöhen.

Im Hinblick auf die großen Opfer an Zeit und Geld, auf die körperlichen und geistigen Anstrengungen, welche den Geschworenen zugemutet werden, sowie im Hinblick auf die Unannehmlichkeiten

<sup>39)</sup> Feddersen, „Das Schwurgericht“, 1907, S. 1 bezeichnet das schwurgerichtliche Verfahren geradezu als eine verschwendende Prozeßart.

und Unbequemlichkeiten, welche mit dem Amte eines Geschworenen verbunden sind, ist es nur natürlich, daß viele Geschworene ihr Amt nicht als ehrenvolle Auszeichnung, sondern als drückende Last betrachten, der sie sich möglichst zu entziehen suchen.

Ist die Geschworenenbank gebildet, so beginnen neue Schwierigkeiten. Es wird ein *Eröffnungsbeschluß* verlesen, — häufig ein langer Bandwurm von Haupt- und Nebensätzen, gespickt mit technisch-juristischen Kunstausdrücken<sup>40)</sup> — den ein Laie überhaupt nicht im Gedächtnis behalten und noch viel weniger verstehen kann. Eine Rechtsbelehrung wird den Geschworenen nach dem Geſeß erst am *Schlusse* der Verhandlung erteilt. Bei der Vernehmung des Angeklagten, der Zeugen und Sachverständigen wissen sie also noch nicht, welche Punkte für die rechtliche Beurteilung der Sache erheblich sind.

Im Laufe der Verhandlungen machen die Geschworenen fast nie mal *Aufzeichnungen*. Es ist daher ganz unmöglich, daß sie in größeren Sachen, in denen Duzende von Zeugen auftreten, überhaupt die *Namen* der Zeugen behalten können. Noch viel weniger kann sich ihrem Gedächtnis einprägen, welchen *Inhalt* jede einzelne Aussage gehabt hat. Hierzu kommt noch der erschwerende Umstand, daß ihnen dieselbe Aussage häufig in *verschiedener* Form mitgeteilt wird. Auf diese wichtige Tatsache hat bereits *Kleinfeller* aufmerksam gemacht:

„Der Prozeßstoff wird den Geschworenen statt in *einfacher*, in *dreifacher* Gestalt vorgeführt; sie hören zunächst *unmittelbar* die Aussage des Angeklagten, des Zeugen oder Sachverständigen, dann die vom vernehmenden Richter beliebte *freie* Wiedergabe der früheren Aussagen aus den Protokollen und endlich auf den doch regelmäßig zu stellenden Antrag des Verteidigers die scheinbar wörtliche — aber immerhin nur *mittelbare* — Wiedergabe der früheren Aussage durch Verlesung des Protokolls.“<sup>41)</sup>

Eine genaue Vergleichung, Abwägung und kritische Würdigung sämtlicher Aussagen aus dem Gedächtnis ist nicht möglich. Endlich wird die Fähigkeit der Geschworenen zur Aufnahme des

<sup>40)</sup> Vgl. die „Musterbeispiele“ bei Fedderjen S. 151—155.

<sup>41)</sup> Kleinfeller, Das schwurgerichtliche Verfahren und der Entwurf einer Strafprozeßordnung, 1919, S. 14—15.

Prozeßstoffs auch dadurch beeinträchtigt, daß viele von ihnen gar nicht gewöhnt sind, mehrere Stunden, Tage oder Wochen nacheinander still zu sitzen, fortgesetzt Ohr und Auge anzustrengen sowie ihre Aufmerksamkeit auf bestimmte Gegenstände zu konzentrieren. Am Schlusse der Verhandlung entsteht daher ein ganz verschwommenes, trübes und nebelhaftes Bild, aus dem nur einzelne Punkte mit größerer Deutlichkeit hervortreten. In Sensationsprozessen wird das nebelhafte Bild der Verhandlung noch weiter verwischt und entstellt durch das private Wissen, welches einzelne Geschworenen aus Zeitungen, Dorf-, Stadt- und Wirtshaus-Gesprächen erworben haben.<sup>42)</sup> Daß wenigstens die „festen Punkte“, welche im Gedächtnis der Geschworenen haften geblieben sind, eine richtige Würdigung finden, ist keineswegs sicher. Die Forschungen, welche Hans Groß, William Stern, Freiherr von Schrendl-Nosling, Sommer, Schneidert, Placzek, Lipmann, Nädle, Gmelin u. a. auf dem Gebiet der Zeugen-Aussagen angestellt haben,<sup>43)</sup> sind sogar manchen Berufsrichtern unbekannt. Die Geschworenen haben von diesen Dingen überhaupt keine Ahnung. In der Regel wissen sie also nicht, daß falsche Beobachtungen, Gedächtnislücken und Erinnerungstäuschungen viel häufiger sind als gewöhnlich angenommen wird. Sie sind daher in beständiger Gefahr, unwesentliche Teile einer Aussage für erheblich zu halten und kleinen Irrtümern eine übertriebene Bedeutung beizumessen.<sup>44)</sup> Sachverständige Belehrung über den Wert von Zeugen-Aussagen wird den Geschworenen nur selten zuteil. Große Erfolge sind von einer solchen Belehrung auch

<sup>42)</sup> Görres, Der Wahrspruch der Geschworenen und seine psychologischen Grundlagen, S. 39; Landsberg, Monatsschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform, 4. Jahrgang (1907), S. 213.

<sup>43)</sup> Hans Groß, Handbuch für Untersuchungsrichter (1894), S. 55—89; Kriminalpsychologie, 2. Aufl. (1905); Goldammer's Archiv für Strafrecht, Bd. 49, S. 188; William Stern, Zeitschrift, Bd. 22, S. 315, Bd. 26, S. 180; Juristenzeitung, 1909, S. 408; Kulturparlament, Heft 3—4 (1909), S. 20; Frh. v. Schrendl-Nosling, Über Suggestion und Erinnerungsfälschung im Verchtold-Prozeß (1897), S. 69; Archiv für Kriminal-Anthropologie, Bd. 5, S. 18; Schneidert, Archiv für Kriminal-Anthropologie, Bd. 13, S. 193; Placzek, Archiv, Bd. 18, S. 22; Sommer, Juristenzeitung, 1907, S. 211; Lipmann, Archiv, Bd. 20, S. 77; Nädle, Archiv, Bd. 32, S. 149; Gmelin, Zur Psychologie der Aussage, 2. Aufl. (1909).

<sup>44)</sup> Vgl. z. B. Hans Groß, Handbuch für Untersuchungsrichter, erste Aufl., S. 44.

nicht zu erwarten, da es zweifellos sehr schwierig ist, Personen, die auch ganz verschiedener Bildungsstufe sich befinden, in einem kurzen Vortrage über psychologische Fragen aufzuklären.

Die Gefahr einer unrichtigen Würdigung von Beweisen wird noch verstärkt durch die eigenartige Taktik, welche manche Verteidiger vor den Schwurgerichten anwenden. Diese Taktik besteht darin, daß den Zeugen Fragen vorgelegt werden, die kein Mensch mit Sicherheit beantworten kann. Nach Monaten und sogar nach Jahren soll ein Zeuge noch genaue Auskunft geben über Tag und Stunde eines Ereignisses, über die Zeitdauer eines Vorgangs, über die Kleidung oder die Kopfbedeckung eines Beteiligten, über den Wortlaut einer Äußerung. Kleine Unrichtigkeiten und geringfügige Abweichungen von anderen Aussagen werden sodann benützt, um die Glaubwürdigkeit eines Zeugen zu verdächtigen, ihm den Vorwurf der Lüge und des Meineids zu machen. Dem unglücklichen Opfer einer Notzucht z. B. wird ein Strich daraus gedreht, daß es in Angst und Verzweiflung Minuten für Ewigkeiten gehalten hat und behauptet, der unsittliche Angriff habe eine halbe Stunde gedauert, während er in Wirklichkeit schon nach wenigen Minuten beendet war.

Zu den Mängeln des Schwurgerichts gehört weiter der Mißbrauch, der mit der Fragestellung getrieben werden kann und häufig auch getrieben wird. Die Vorschrift des § 296 Str. P. D., daß die Vorlegung von Hülfsfragen nur aus Rechtsgründen abgelehnt werden darf, wird von manchen Verteidigern benützt, um die Stellung aller möglichen Fragen zu beantragen, die eine mildere Bestrafung zulassen. Infolge dessen kommt es vor, daß bei einem glatten Mord Hülfsfragen nach fahrlässiger Tötung und nach Beteiligung an einer Schlägerei im Sinne der § 227 und § 367 Z. 10 St. G. B. gestellt werden müssen, obwohl die Hauptverhandlung nicht den geringsten Anhaltspunkt für die Verübung dieser Vergehen bezw. dieser Übertretung ergeben hat. Durch solche Kunststücke wird nicht bloß die Zahl der Fragen in frivoler Weise vermehrt, sondern auch der Ernst und die Würde des ganzen Verfahrens beeinträchtigt.

Bei den Schlußvorträgen vor den Geschworenen machen einzelne Verteidiger tatsächliche und rechtliche Ausführungen, die sie vor einem Kollegium von Berufsrichtern niemals wagen würden. Sie spekulieren also auf die Unwissenheit und Urteilslosigkeit der Laienrichter; zuweilen appellieren sie sogar direkt an die „Souveränität“ der

Geschworenen, für welche das Gesetz angeblich keine Schranke bilde.<sup>45)</sup>

Nach den Vorträgen der Parteien folgt die Rechtsbelehrung des Vorsitzenden, welche die gestellten Fragen erläutern, sowie die Widersprüche zwischen den Rechtsausführungen des Staatsanwalts und des Verteidigers lösen soll. Die Wirkungen dieser Rechtsbelehrung sowie die Folgen etwaiger Fehler und Übergriffe, welche bei der Rechtsbelehrung vorkommen, werden bedeutend überschätzt. Vor allem wird übersehen, daß die große Masse der Geschworenen überhaupt nicht juristisch denkt; dieselbe urteilt in der Regel nicht nach dem Verstande, sondern nach dem Gefühl. Am deutlichsten tritt diese Herrschaft des Gefühls in Frankreich hervor, wo nicht bloß betrogene Ehemänner und eifersüchtige Maitressen, sondern auch alte Krieger wegen ihrer Verdienste um das Vaterland Aussicht auf Freisprechung haben. Ein grelles Streiflicht auf die französische Rechtsprechung wirft die köstliche Geschichte von dem „cuirassier“, der wegen seiner angeblichen Beteiligung an der Schlacht bei Wörth von den Geschworenen für „nicht schuldig“ erklärt wurde, in Wirklichkeit jedoch an dieser Schlacht gar nicht teilgenommen hatte.<sup>46)</sup>

Da die Geschworenen nicht juristisch denken, so ist es ihnen auch ganz gleichgültig, ob sie den Voratz, die Überlegung, die erschwerenden Umstände bejahen oder verneinen. Es kommt ihnen lediglich auf das praktische Resultat an, auf die Frage, ob der Angeklagte überhaupt bestraft werden soll, sowie ob die Strafe eine hohe oder eine geringe, eine schwere oder eine leichte sein wird. Die Gleichgültigkeit der Geschworenen gegenüber dem Wortlaut der einzelnen Fragen sowie gegenüber allen technisch-juristischen Spitzfindigkeiten wird noch verstärkt durch den Glauben an ihre „Souveränität“, d. h. durch den Glauben, an ihre angebliche Befugnisse, Gnade zu üben, die in den Kreisen der Geschworenen weit verbreitet ist. Am größten ist dieser Dünkel der Geschworenen wiederum in Frankreich.<sup>47)</sup> Allein auch in Österreich<sup>48)</sup> und in

<sup>45)</sup> Desjardins, Le jury et les avocats in der Revue des deux mondes, Bd. 75 (1886), Teil 3, S. 619—620.

<sup>46)</sup> Mitteilungen der JRB., Bd. 15, S. 93—94.

<sup>47)</sup> Mitteilungen, Bd. 15, S. 93.

<sup>48)</sup> Vgl. Siller, Verhandl. des 18. Juristentags, Bd. 2, S. 305, 393, des 22. Juristentags, Bd. 4, S. 473; Fellewiel, Archiv für Kriminal-Anthropologie, Bd. 12, S. 48; Högel bei Mittermaier-Liepmann, Bd. 1, S. 53.

Deutschland<sup>49)</sup> wird von zuverlässigen und unbefangenen Beobachtern bestätigt, daß die Geschworenen häufig die Grenzen ihres Amtes überschreiten und das Recht der Begnadigung sich anmaßen. Fhring z. B. schreibt in seinem berühmten Werke „Der Zweck im Recht“ (1884) § 413:

„Aller Orten weist die Erfahrung uns Fälle auf, wo der Tatbestand des Verbrechens klar wie das Sonnenlicht war, und wo gleichwohl die Geschworenen den Angeklagten freigesprochen haben, — ein offener Hohn gegen das Gesetz, dem sie sich herausnahmen, den Gehorsam aufzusagen, weil es mit ihrer Ansicht nicht übereinstimmte.“<sup>50)</sup>

In einem Aufsatz über „die Verbrechertwelt von Berlin“, der offenbar aus sehr sachkundiger Feder stammt, wird den Berliner Geschworenen zum Vorwurf gemacht, daß sie ihr Amt so auffassen, als ob es sie „zum Halbgott mache, über Gesetz und Recht erhebe“, daß sie sich berufen fühlen „durch ihren Spruch die Gesetze zu korrigieren, wein ihre Weisheit sie für schlechter achtet“<sup>51)</sup>. Sogar ein Freund des Schwurgerichts — Rahl — hat ausdrücklich anerkannt, „daß die von Juristen als Fehlsprüche getadelten Wahrsprüche der Geschworenen viel seltener auf positiven Fehlgriffen und Irrtümern des Rechtsverständnisses beruhen, als auf außerhalb dieses gelegenen Gründen, auf Gefühlseinwirkung oder der Absicht, den Gesetzgeber zu korrigieren.“<sup>51)</sup>

Eine geistvolle Erklärung für die geringe Achtung, welche die Geschworenen gegenüber dem Wortlaut des Gesetzes bekunden, hat Fhring in seinem bereits erwähnten Buche „Der Zweck im Recht“ gegeben:

„Der Berufsrichter ist der Berufssoldat im Dienste des Rechts, dem die Übung der Gerechtigkeit zur Gewohnheit und zur zweiten Natur geworden ist und der seine Ehre dafür verpfänden muß, der Geschworene, der Bürgersoldat, dem die Uniform und das Gewehr etwas fremdes sind und der sich,

<sup>49)</sup> Vgl. z. B. die Protokolle der Kommission für die Reform des Strafprozesses (1905); Bd. 1, S. 395; ferner Doppel, Recht, 1903, S. 141.

<sup>50)</sup> Zeitschrift, Bd. 6, S. 547.

<sup>51)</sup> Rahl bei Mittermaier-Liepmann, Bd. 1, S. 14, 15.



wenn er einmal den Soldaten spielen muß, nicht als Soldat, sondern als Bürger fühlt. Mag er auch alles, was den Soldaten kennzeichnet, äußerlich an sich tragen; das, was diesen innerlich macht — der Sinn für Disziplin und Subordination — geht ihm ab.<sup>52)</sup>

Zu einer unrichtigen Auffassung ihrer Stellung werden die Geschworenen schon durch den Umstand verleitet, daß sie nicht verpflichtet sind, Gründe für ihren Wahrspruch anzugeben.<sup>53)</sup> Mit beißendem Spott haben Feuerbach, Mittelstädt, Dischhausen und Görres die Sprüche der Geschworenen als Orakelsprüche bezeichnet, deren Gründe „unerforschlich und heilig“ seien, deren „Dunkelheit und Weisheit“ jeder Kritik entzogen werde.<sup>54)</sup>

Selbst wenn die Geschworenen das redliche Bemühen hätten, innerhalb der gesetzlichen Schranken zu bleiben, so wäre doch keine Garantie gegeben, daß sie ihre Aufgabe richtig erfassen und die Rechtsbelehrung des Vorsitzenden vollständig begreifen. Der Vorsitzende kann seine Rechtsbelehrung zwar der einzelnen Sache, aber nicht den einzelnen Personen anpassen. Er weiß in der Regel nicht, wie groß die Fähigkeiten und Kenntnisse der Geschworenen sind. Er ahnt vielfach gar nicht, welche Bedenken oder Zweifel in tatsächlicher und rechtlicher Beziehung bei den Geschworenen bestehen. Mißverständnisse und Irrtümer sind daher unvermeidlich.

Aus der Bejahung der Schuldfrage geht noch nicht hervor, ob die Geschworenen die Schuld für *schwer* oder für *leicht* halten. Sind mildernde Umstände bewilligt, so ist nicht ersichtlich, welche Umstände den Geschworenen als mildernd erschienen sind. Da jede organische Verbindung zwischen Richterbank und Geschworenenbank fehlt, so kommt es häufig vor, daß die vom Gerichtshof verhängte Strafe — Strafart und Strafmaß — dem Willen der Geschworenen nicht entspricht.<sup>55)</sup> Ist der Unterschied zwischen der Auffassung der Berufs-

<sup>52)</sup> Bb. I, S. 412—413.

<sup>53)</sup> Frank, Verh. des 22. Juristentags, Bb. 2, S. 15; Protokolle der Kommission für die Reform des Strafprozesses, Bb. 1, S. 391, 395; Weingart bei Aichrodt, Reform des Stp., S. 729.

<sup>54)</sup> Feuerbach, Betrachtungen über das Geschworenengericht (1803), S. 33; Mittelstädt, Gerichtssaal, Bb. 37, S. 56; Dischhausen, Verh. des 18. Juristentags, Bb. 1, S. 268; Görres, Der Wahrspruch der Geschworenen usw., S. 72.

<sup>55)</sup> Weingart bei Aichrodt, „Reform des Strafprozesses“, S. 748.



richter und der Geschworenen sehr groß, so suchen die ersteren, den Spruch der letzteren zu korrigieren.<sup>56)</sup> Sie erkennen z. B. nicht selten auf den Höchstbetrag der gesetzlichen Strafe, wenn nach ihrer Ansicht erschwerende Umstände mit Unrecht verneint oder mildernde Umstände mit Unrecht bejaht sind.

In eine sehr schwierige Lage kommt der Gerichtshof, wenn derselbe über Zubilligung einer Entschädigung wegen unschuldig erlittener Untersuchungshaft erkennen soll.<sup>57)</sup> Der Gerichtshof kann gar nicht wissen, ob die Voraussetzungen des Reichsgesetzes vom 14. Juli 1904 nach der Ansicht der Geschworenen vorliegen. Er muß von neuem eine Entscheidung über die Schuldfrage treffen, welche sehr leicht von der ersten Entscheidung der Geschworenen abweichen kann.

Die Trennung der Schuldfrage von der Straffrage, welche der Gesetzgeber vorgenommen hat, ist ebenso unnatürlich, wie die Trennung der Tatfrage von der Rechtsfrage.<sup>58)</sup> Zwischen allen diesen Fragen besteht ein innerer Zusammenhang; sie hängen voneinander ab und bedingen sich gegenseitig.

In der Literatur wird als Mangel des schwurgerichtlichen Verfahrens noch angeführt, daß die Geschworenen keinen Einfluß auf den Umfang der Beweisaufnahme haben.<sup>59)</sup> Diese Tatsache ist richtig. Es besteht die Möglichkeit, daß die Vernehmung der Zeugen unterbleibt, auf deren Abhörung die Geschworenen Wert legen. Ebenso ist es möglich, daß der Gerichtshof die Beeidigung eines Zeugen unter-

<sup>56)</sup> Kroneder bei Mittermaier-Liepmann, Bd. 1, S. 371.

<sup>57)</sup> Juristische Wochenschrift, 1906, S. 218 (Schuppert); Juristenzeitung, 1906, S. 593—594 (Landsberg); S. 698 (Doppier), 1910 S. 815.

<sup>58)</sup> v. Schwarze, Das deutsche Schwurgericht und dessen Reform, S. 63, 98—101; Binding, Preussische Jahrbücher, Bd. 32 (1873), S. 122 bis 123; Grundriß des deutschen Strafprozeßrechts, 5. Aufl. (1904), S. 102; Protokolle der Kommission für die Reform des Strafprozesses, Bd. 1, S. 392 bis 393; Otter, Gerichtssaal, Bd. 68, S. 93; Wurzer, Recht, 1906, S. 1173; Kroneder (bei Mittermaier-Liepmann), S. 343; Kleinfeller, Das schwurgerichtliche Verfahren usw. (1909), S. 38.

<sup>59)</sup> Dischhausen, Berh. des 18. Juristentags, Bd. 1, S. 257; Protokolle der Kommission für Reform des Stpg., Bd. 1, S. 392; v. Liszt, Reform des Strafverfahrens, S. 18; Otter, Gerichtssaal, Bd. 65, S. 333, Bd. 68, S. 105; Kahl bei Mittermaier-Liepmann, Bd. 1, S. 13—14; Weingart bei Kleinfeller, „Reform des Schwurgerichts“, S. 25—26.

läßt oder ablehnt, der nach der Ansicht der Geschworenen beeidigt werden sollte. Für erheblich kann der erwähnte Mangel indessen nicht erachtet werden. Jeder Schwurgerichtspräsident wird so vorsichtig sein, in zweifelhaften Fällen die Geschworenen gutachtlich zu hören, ob sie auf die Erhebung weiterer Beweise Wert legen. Ebenso wird er den Wünschen, welche die Geschworenen in bezug auf Art und Umfang der Beweisaufnahme äußern, möglichst weit entgegen kommen.<sup>60)</sup> Wollte er anders handeln, so würde er nur der Sache schaden. Die Frage, ob den Geschworenen ein Einfluß auf den Umfang der Beweisaufnahme eingeräumt werden soll, muß daher als eine theoretisch interessante, aber praktisch wertlose „Doktorfrage“ bezeichnet werden.

### III.

#### Die Verbesserung des Schwurgerichts.

Die Reformbedürftigkeit des Schwurgerichts wird auch von den Freunden desselben anerkannt. Letztere wollen jedoch die *Eigenart* dieser Institution — nämlich die formelle Trennung der Richterbank von der Geschworenenbank und die selbständige Entscheidung der Geschworenen über die Schuldfrage — aufrecht erhalten. Sie schlagen daher Teilreformen vor, welche sowohl die Organisation des Schwurgerichts als das Verfahren vor demselben betreffen.

In erster Linie wird empfohlen, die Schwurgerichte zu ständigen Gerichtshöfen zu machen, welche nach Bedarf jeden Monat oder jede Woche Sitzungen abhalten.<sup>61)</sup> Durch diese Regelung wird der Geschworenenendienst erleichtert, die Untersuchungshaft abgekürzt und eine gründliche Vorbereitung der Sache gesichert.

Ferner wird vorgeschlagen, die Zahl der Geschworenen herabzusetzen.<sup>62)</sup> Nach den neuesten Gesetzentwürfen sollen nur noch

<sup>60)</sup> Vgl. Olaf Salomonson, „Das norwegische Schwurgericht“ (bei Mittermaier-Liepmann, Bb. 1, S. 724). — Die abweichenden Erfahrungen, welche M. Liepmann gemacht haben will (Mittermaier-Liepmann, Bb. 2, S. 229) müssen als seltene Ausnahme bezeichnet werden.

<sup>61)</sup> Zahl bei Mittermaier-Liepmann, Bb. 1, S. 11.

<sup>62)</sup> Vgl. die Literatur-Nachweise bei Kroneder (Mittermaier-Liepmann, Bb. 1), S. 329; M. Liepmann (gleichfalls bei Mitter-

22 Hauptgeschworene (statt 30) ausgelooft werden; zur Bildung der Geschworenenbank kann geschritten werden, wenn die Zahl der erschienenen Geschworenen mindestens 18 (statt 24) beträgt.<sup>63)</sup> Ich glaube, daß man noch weiter gehen kann. In den Motiven des Regierungsentwurfs von 1885 wird mit Recht ausgeführt, daß die Zahl von zwölf Geschworenen eine willkürliche ist und daß dieselbe nicht als wesentlich für das Institut des Schwurgerichts angesehen werden kann.<sup>64)</sup> In Norwegen besteht die Geschworenenbank nur aus zehn Personen.<sup>65)</sup> Die Zahl von sechs oder acht Geschworenen erscheint vollkommen ausreichend. Über das Maß des Notwendigen hinaus zu gehen, wäre eine zwecklose Kraftverschwendung. Auch ein warmer Verteidiger des Schwurgerichts — Otter — hat anerkannt, daß die Last des Geschworenenendienstes ohne Schaden für die Sache erheblich gemindert werden kann.<sup>66)</sup>

Weiter wird befürwortet, die Bestimmungen über die Bildung der Vorschlagsliste sowie über die Wahl der Geschworenen zu ändern (§ 87—89 des Gerichtsverfassungsgesetzes). In dem Regierungsentwurf von 1885 war die Vorschrift enthalten, daß der bei dem Amtsgericht zusammentretende Ausschuss eine gemeinsame Vorschlagsliste für Schöffen und Geschworenen aufstellen sollte, aus welcher zunächst das Landgericht die Geschworenen, sodann das Amtsgericht die Schöffen auszuwählen hat.<sup>67)</sup> Das vorgeschlagene Verfahren ist zweifellos besser als das bisherige.<sup>68)</sup> Durch dasselbe wird verhindert, daß die Amtsrichter die besten Elemente für den Schöffendienst in Anspruch nehmen. Bei der Zuziehung von Laienrichtern zu den Strafkammern müßten die erwähnten Vorschläge dahin geändert werden, daß zuerst die Geschworenen, sodann die Laienrichter für die Strafkammer, zuletzt die Laienrichter für die

---

maier-Liepmann, Bd. 2), S. 203—215.; Landé, Juristenzeitung, 1910, S. 179; vgl. auch Jur. Wochenschrift 1910 S. 768.

<sup>63)</sup> Vgl. Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz von 1909, § 118<sup>34</sup>, Entwurf einer StPD. von 1909, § 271.

<sup>64)</sup> Reichstagsverhandlungen, 6. Leg.-Periode, erste Session, 1884—1885, Bd. 7 (Anlagen), Nr. 399, S. 2001.

<sup>65)</sup> Salomonson, S. 711.

<sup>66)</sup> Otter, Gerichtssaal, Bd. 68, S. 101.

<sup>67)</sup> Reichstagsverhandlungen, 6. Leg.-Periode, erste Session, 1884—1885, Aktenstück Nr. 399, § 41a und 41b.

<sup>68)</sup> Dishausen, Verhandlungen des 18. Juristentags, Bd. 1, S. 270.

Amtsgerichte ausgewählt werden. In den neuesten Entwürfen betreffend die Änderung des Gerichtsverfassungsgegesetzes ist der Gedanke, gemeinsame Vorschlagslisten für Schöffen und Geschworenen aufzustellen, leider wieder aufgegeben worden.

Einen sehr beachtenswerten Vorschlag hat D i s h a u s e n gemacht. Derselbe will dem Präsidenten des Landgerichts die Befugnis einräumen, zur Auswahl der Geschworenen außer den gesetzlich bestimmten Personen (§ 89, Absatz 2 des Gerichtsverfassungsgegesetzes) noch andere Richter hinzu zu ziehen.<sup>69)</sup> Für eine solche Regelung sprechen die Erfahrungen, welche seit Jahren bei einem elsässischen Landgericht gemacht worden sind. Bei letzterem wird die Auswahl der Geschworenen durch eine freie Kommission von älteren Richtern vorbereitet, welche seit vielen Jahren im Bezirk tätig sind. Infolge dessen sitzen regelmäßig sehr intelligente Personen auf der Geschworenenbank; die Leistungen dieses Schwurgerichts sind viel besser als die Leistungen anderer Schwurgerichte, namentlich in Lothringen, wo nicht die gleiche Sorgfalt auf die Auswahl geeigneter Personen verwendet wird. Noch besser und einfacher würde es sein, die Kommission für die Auswahl der Geschworenen nicht aus denjenigen Mitgliedern des Landgerichts zu bilden, welche den höchsten Rang haben (Direktoren), sondern aus denjenigen Mitgliedern des Landgerichts und der Amtsgerichte, welche die längste Dienstzeit im Bezirk haben.

Zweifelhaft ist allerdings, ob das vorgeschlagene Verfahren auch für die großen Städte genügt, in denen eine fluktuierende Bevölkerung von vielen Hunderttausenden sich sammelt. In diesen Städten können auch die ältesten Richter nur eine beschränkte Personalkennntnis besitzen. Es wird sich daher empfehlen, verschiedenen Verbänden — kommunalen Körperschaften, Handelskammern, Innungen, Krankenkassen usw. — Gelegenheit zu geben, eine bestimmte Zahl von Mitgliedern zu bezeichnen, die sich für das Amt eines Geschworenen oder Schöffen eignen.

Als bestes Mittel, um die Zusammensetzung des Schwurgerichts zu verbessern, wird die Vorschrift empfohlen, daß unter den Geschworenen sich stets ein Rechtsgelehrter befinden muß. Nach der Ansicht von Weingart soll es genügen, für jede Schwurgerichtsverhandlung einen „ehemaligen Juristen“, d. h.

<sup>69)</sup> Gutachten für den 18. Juristentag, Bd. 1, S. 270.

eine Person mit juristischer Vorbildung auszulösen.<sup>70)</sup> Der Umstand indessen, daß ein Geschworener vor Jahrzehnten einmal Jura studiert und sein Referendarexamen gemacht hat, bietet keine ausreichende Garantie dafür, daß er selbst Rechtsirrtümer vermeiden und die Rechtsirrtümer anderer siegreich widerlegen kann. Infolgedessen wird verlangt, daß unter den Geschworenen stets ein aktiver Richter sein muß, der entweder aus den Mitgliedern des Landgerichts oder aus sämtlichen Richtern des Bezirks ausgelöst wird.<sup>71)</sup>

Nach dem Vorschlag von *O t t e r* soll dieser richterliche Geschworene die gleichen Rechte und Pflichten haben wie die übrigen Geschworenen;<sup>72)</sup> nach anderen Vorschlägen soll derselbe eine privilegierte Stellung einnehmen: Er soll entweder kraft Gesetzes *O b m a n n*<sup>73)</sup> oder wenigstens *S y n d i k u s d e s O b m a n n s*<sup>74)</sup> sein.

Der Vorschlag, einen richterlichen Geschworenen auszulösen, ist nicht bloß von Gegnern des Schwurgerichts, sondern auch von Freunden desselben bekämpft worden. Es wird geltend gemacht, der Vorschlag stehe in Widerspruch mit dem *W e s e n* des Schwurgerichts, nach welchem die Laienrichter selbständig über die Schuldfrage entscheiden sollen.<sup>75)</sup> Auch sei zu befürchten, daß der richterliche Geschworene eine andere Rechtsauffassung vertrete als der Vorsitzende; die Geschworenen müßten dann nicht, wem sie folgen sollten,<sup>76)</sup> und könnten erst recht zu ungereimten Sprüchen kommen. Beide Einwände sind richtig; es fragt sich nur, ob sie auch *e r h e b l i c h* sind. Die Erheblichkeit des ersten Einwands soll später geprüft werden. Die Erheblichkeit des zweiten Einwands ist schon jetzt zu verneinen. Über Rechtsfragen werden der Vorsitzende und der richterliche Ge-

<sup>70)</sup> *W e i n g a r t* bei *A s c h r o t t*, „Reform des Strafprozesses“, S. 741, ferner bei *K l e i n f e l l e r*, „Reform des Schwurgerichts“, S. 11.

<sup>71)</sup> *O t t e r*, Gerichtssaal, Bd. 65, S. 331, Bd. 68, S. 96, ferner bei *K l e i n f e l l e r*, Reform, S. 10; *W. M i t t e r m a i e r*, Monatschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform, Bd. 2, S. 20, 23, 24; *W e r o l z h e i m e r*, System der Rechts- und Wirtschaftsphilosophie, Bd. 5 (1907), S. 190—191; *W i n k l e r*, Recht, 1903, S. 305.

<sup>72)</sup> *O t t e r*, Gerichtssaal, Bd. 68, S. 96—97.

<sup>73)</sup> *S t r ä u l i*, Mitteilungen der ZR., Bd. 12, S. 418—419.

<sup>74)</sup> *P. L i e p m a n n*, Kritische Erörterungen und Vorschläge zur Strafprozeßreform (1909), S. 22.

<sup>75)</sup> *K l e i n f e l l e r*, Reform des Schwurgerichts, S. 11; *K r o n e d e r*, Vorschläge, S. 331—332; *M. L i e p m a n n*, Reform, S. 247—252.

<sup>76)</sup> *K l e i n f e l l e r*, Reform, S. 9.

schworene nur selten verschiedener Meinung sein. Beide werden in der Regel den Entscheidungen des Reichsgerichts folgen. Sollten ausnahmsweise Differenzen entstehen, so wird ein zweifelhafter Fall vorliegen, der ein non liquet der Geschworenen rechtfertigt.

Auf jeden Fall bietet die Mitwirkung eines richterlichen Geschworenen sowohl in rechtlicher als in tatsächlicher Beziehung erhebliche Vorteile. Nicht bloß eine unrichtige Auffassung der Rechtsbelehrung, sondern auch andere Rechtsirrtümer, welche erst in der Beratung hervortreten, können sofort aufgeklärt und berichtigt werden. Der Einfluß, den einzelne Geschworene durch größere Dreistigkeit oder Redegewandtheit auf ihre Kollegen bei der Beratung ausüben, kann durch die größeren Kenntnisse und Erfahrungen der richterlichen Geschworenen gebrochen werden. Es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß eine geregelte Beratung und Abstimmung stattfindet, daß die Tat- und Schuldfrage gründlicher geprüft wird sowie daß persönliche, soziale und politische Gesichtspunkte gegenüber den sachlichen zurücktreten. Die Beratung wird allerdings in ähnlicher Weise verlaufen wie schon jetzt die Beratung des Schöffengerichts;<sup>77)</sup> doch bleibt ein gewisser Unterschied bestehen. Zunächst hat der richterliche Geschworene — wenn ihm das Gesetz nicht ausdrücklich die Funktionen eines Obmanns überträgt — keine amtliche Autorität gegenüber seinen Kollegen. Wenn er durch sein persönliches Verhalten sich Autorität verschafft, so kann dies im Interesse der Sache nur mit Freuden begrüßt werden. Ferner ist nicht zu befürchten, daß eine Majorität von fünf oder sieben intelligenten Laien — Fabrikanten, Kaufleuten, Gutsbesitzern, Vorstandsmitgliedern von Ortskrankenkassen usw. — wie eine Schafherde hinter einem einzigen juristischen Leithammel herlaufen wird, den sie vielleicht zum erstenmal im Leben sieht. Endlich ist es sehr leicht möglich, daß manche Laien ihren juristischen Kollegen an Verstandesschärfe und Leichtigkeit der Auffassung weit übertreffen, da die Wahl des letzteren durch das Los erfolgen soll.

Wie dem Mangel an juristischen Kenntnissen durch Zuziehung eines Richters abgeholfen werden soll, so soll auch dem Mangel an technischen Kenntnissen durch Zuziehung von Spezial-Geschworenen abgeholfen werden. Heintze will jede Ge-

<sup>77)</sup> Kahl bei Mittermaier-Liepmann, Bd. 1, Heft 1, S. 21: Kroneder, Mitteilungen der JAB., Bd. 16, S. 182.



schworenbank aus verschiedenen „Gruppen“, d. h. aus verschiedenen Bevölkerungsklassen bilden; eine dieser Gruppen soll aus den Berufs- und Standesgenossen des Angeklagten bestehen.<sup>78)</sup> Ein allgemeines Bedürfnis nach einer solchen Gruppenbildung besteht schon deshalb nicht, weil bei konsequenter Durchführung des von *Heinze* aufgestellten Prinzips auch *Gewohnheitsverbrecher* ihren Platz auf der Geschworenbank haben müßten! Dagegen gibt es einzelne Delikte, bei denen es wünschenswert erscheint, daß wenigstens ein Teil der Geschworenen eine besondere Sachkunde besitzt. Hierher gehören insbesondere der betrügerische Bankerott sowie die Verbrechen gegen § 11 und 12 des Depotgesetzes vom 5. Juli 1896. Bezüglich dieser Delikte kommen dieselben Erwägungen in Betracht, welche *Frank* für die Zuziehung von Spezialschöffen zu den Strafkammern geltend gemacht hat.<sup>79)</sup> Die Einrichtung der Spezialgeschworenen hat schon einmal kurze Zeit in Frankreich bestanden. Nach dem Gesetz vom 16.—29. September 1791 wurden bestimmte Anklagen (*faux, banqueroute frauduleuse, concussion, péculat, vol de commis ou d'associés en matière de finance, commerce ou banque*) vor eine Spezialjurh gebracht, die aus Bürgern gebildet war „*ayant les connaissances relatives au genre du délit*“.<sup>80)</sup>

Sollte die Aburteilung der Zuwiderhandlungen gegen § 349, 351 StGB. den Schwurgerichten verbleiben, so könnte auch bei diesen Amtsdelikten die Frage aufgeworfen werden, ob nicht die Zuziehung von einzelnen Fachleuten angemessen ist, welche dem Berufs- *zweige* des Angeklagten angehören. Die willkürliche Freisprechung eines ungetreuen Kassenbeamten ist nicht zu erwarten, wenn auf der Geschworenbank Berufsgenossen des Angeklagten sitzen. Auf der anderen Seite würde das Verfahren bei Bildung der Geschworenbank allerdings noch verwickelter werden, als es jetzt schon ist.

In Zukunft wird man vermutlich dazu kommen, zu der Aburteilung von Kindesmorden, Abtreibungen und Sittlichkeitsverbrechen *Frauen* als Geschworene zuzuziehen. In Norwegen —

<sup>78)</sup> *Heinze*, Ein deutsches Geschworenengericht, 2. Auflage (1865), S. 123, 129.

<sup>79)</sup> *Frank*, Gutachten für den 22. Juristentag, Bd. 2, S. 25, 28.

<sup>80)</sup> Gesetz vom 16.—29. September 1791 *de la justice criminelle et de l'institution des jurés*, Titel 12, Art. 1, 4, 5.



dem einzigen Lande, wo die Frauen bereits wählbar sind — hat man in dieser Beziehung sehr günstige Erfahrungen gemacht.<sup>81)</sup> Gegenwärtig ist Deutschland für eine solche Reform noch nicht reif.

Ein Anfang mit der Zuziehung von Spezialrichtern ist in den neuesten Gesetzentwürfen bereits gemacht. Gemäß § 118<sup>30</sup> der Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz sollen zu Hauptschöffen und Hilfschöffen bei den Jugendgerichten Personen gewählt werden, die auf dem Gebiet der Jugendberziehung besondere Erfahrung besitzen.

Auch auf die Richterbank erstrecken sich die Reform-Vorschläge. Vielfach wird verlangt, daß die beiden Beisitzer, welche gänzlich überflüssig seien, in Zukunft wegfallen.<sup>82)</sup> Die Entscheidung dieser Frage hängt davon ab, ob die Stellung des Vorsitzenden geändert wird oder nicht. Wird der Vorsitzende auf die formale Leitung der Verhandlung beschränkt — wie in England und Amerika, — so sind die Beisitzer entbehrlich. Muß der Vorsitzende auch den Angeklagten vernehmen und die Beweise erheben, so sind Streitigkeiten mit dem Staatsanwalt und dem Verteidiger über Art und Umfang der Verweisaufnahme — über die Zulässigkeit von Fragen, der Vereidigung von Zeugen, der Verlesung von Urkunden, der Erheblichkeit neuer, noch nicht herbeigeschaffter Beweismittel usw. — nicht bloß möglich, sondern sogar unvermeidlich. Zur sofortigen Entscheidung dieser Streitigkeiten muß ein geeignetes Organ vorhanden sein; ein solches Organ ist die aus drei Berufsrichtern gebildete Richterbank.<sup>83)</sup>

Bezüglich des Vorsitzenden soll die Bestimmung getroffen werden, daß derselbe für längere Zeit — etwa für die Dauer eines Jahres — ernannt werden kann.<sup>84)</sup> Wenn das Schwurgericht eine ständige Einrichtung wird, so muß dasselbe auch einen ständigen Vorsitzenden haben. Wird das Schwurgericht nur für eine bestimmte Sitzungsperiode gebildet, so kann gleichwohl der Vor-

<sup>81)</sup> Salomonson, Das norwegische Schwurgericht, S. 714.

<sup>82)</sup> Vgl. die Literatur-Nachweise bei Koneder, Vorschläge, S. 328; ferner Wurzer, Recht, 1906, S. 1180; Holtgreven, Recht, 1906, S. 1290; Kleinfeller, Reform des Schwurgerichts, S. 7; P. Liepmann, Kritische Erörterungen und Vorschläge zur Strafprozessreform (1909), S. 24—25; W. Heine, Kulturparlament, Heft 5—6, S. 82.

<sup>83)</sup> Koneder, Vorschläge, S. 329.

<sup>84)</sup> Kleinfeller, Reform des Schwurgerichts, S. 4—5.

sitzende für mehrere Sitzungsperioden im voraus ernannt werden. Auch liegt es im Interesse der Rechtspflege, einen Schwurgerichtspräsidenten, welcher sich in seinem schwierigen Amte bewährt hat, dauernd mit dieser Funktion zu beauftragen und unnötigen Wechsel zu vermeiden. Die vorgeschlagene Einrichtung hat früher schon in manchen deutschen Staaten (Preußen, Sachsen, Hannover) bestanden; dieselbe besteht gegenwärtig noch in Italien.<sup>85)</sup> In Norwegen hat der Schwurgerichtspräsident sogar ein festes, verhältnismäßig hoch dotiertes Amt. Da seine Tätigkeit ausschließlich in der Leitung von Schwurgerichtsverhandlungen besteht, so erwirbt er schnell große Übung und Erfahrung.<sup>86)</sup>

Die Beseitigung des peremptorischen Ablehnungsrechts wird auch von Freunden des Schwurgerichts zugestanden, teilweise sogar befürwortet.<sup>87)</sup> Dieses Recht kann auch heute schon illusorisch sein, nämlich dann, wenn zahlreiche Personen auf der Anklagebank sitzen und eine Einigung über die gemeinsame Ausübung ihrer Befugnis nicht zustande kommt. Trägt man Bedenken, das Ablehnungsrecht gänzlich abzuschaffen, so erscheint es jedenfalls gerechtfertigt, zur Verhütung von Mißbräuchen die Gesamtzahl der zulässigen Ablehnungen auf die Hälfte der bisherigen Ziffer zu beschränken.

Eine große Erleichterung würde es für den Dienst der Geschworenen sein, wenn das umständliche und zeitraubende Verfahren der Auslosung schon vor Beginn der Sitzungsperiode<sup>88)</sup> oder spätestens am ersten Sitzungstage<sup>89)</sup> stattfinden könnte. Allerdings besteht die Gefahr, daß in der Zwischenzeit allerlei Einwirkungen auf die Geschworenen versucht werden; man darf dieselbe jedoch

<sup>85)</sup> Kleinfeller, Die Stellung des Schwurgerichtsvorsitzenden, S. 134, 149—149.

<sup>86)</sup> Salomonson, S. 712.

<sup>87)</sup> Vgl. die Literatur-Nachweise bei Kroneder, Vorschläge, S. 333, Anm. 4; ferner Heinze, Ein deutsches Geschworenengericht, 2. Aufl. (1865), S. 144—145; Weingart und Liepmann bei Kleinfeller „Reform“, S. 17—21; Liepmann und Kroneder, Mitteilungen der JRB, Bd. 16, S. 64, 181; Aschrott, Reform des Strafprozesses (Generalreferat), S. 61; M. Liepmann, Reform, S. 194—213.

<sup>88)</sup> Vgl. die Literatur-Nachweise bei Kroneder, Vorschläge, S. 335, Weingart bei Kleinfeller, Reform, S. 18, 22; M. Liepmann, Reform, S. 215.

<sup>89)</sup> Reichstagsverh., 6. Leg.-Periode, erste Session, 1884/85, Bd. 7. Nr. 399, § 278.

nicht überschätzen. Personen, welche solchen Einwirkungen zugänglich sind, können auch in der Mittagspause sowie bei anderen Unterbrechungen der Verhandlung bearbeitet werden. Ferner läßt sich bei größeren Sachen und bei mehrtägigen Verhandlungen gar nicht verhindern, daß die Geschworenen vor Abgabe ihres Spruchs tendenziös gefärbte Zeitungsartikel lesen. In den Motiven des Entwurfs von 1885 ist mitgeteilt, daß in Braunschweig und Hamburg, wo die Geschworenen früher für alle Sachen schon am ersten Sitzungstage ausgelost wurden, gute Erfahrungen gemacht worden sind.<sup>90)</sup>

M. L i e p m a n n empfiehlt, in derselben „Vorführung“, in welcher die Auslosung der Geschworenen für die ganze Dauer der Sitzungsperiode erfolgen soll, dieselben sofort für alle Sachen zu beeidigen und ihnen eine allgemeine Belehrung über ihre Rechte und Pflichten zu geben.<sup>91)</sup> Beide Vorschläge müssen als zweckmäßig anerkannt werden. Übrigens kommt es schon jetzt häufig vor, daß ein Vorsitzender in der Eröffnungssitzung einen Vortrag über die gesetzlichen Rechte und Pflichten der Geschworenen hält.

O t t e r, K a h l, K l e i n f e l l e r, P. und M. L i e p m a n n wollen den Geschworenen Gelegenheit geben, schon während der Beweisaufnahme als einheitliches Kollegium aufzutreten. Sogleich nach der Beeidigung soll der Obmann gewählt werden.<sup>92)</sup> Auf den Antrag von drei Geschworenen ist die Verhandlung zu unterbrechen, um eine Beratung der Antragsteller mit ihren Kollegen zu ermöglichen.<sup>93)</sup> Bedenken gegen diese Vorschläge bestehen nicht; jedoch wird ihre Wirkung nur gering sein. So lange die Geschworenen die Sachlage nicht übersehen können, hat ein Eingreifen derselben in den Gang der Verhandlung wenig Wert.

H e i n z e will die Mitwirkung der Geschworenen im Falle eines G e s t ä n d n i s s e s nur dann eintreten lassen, wenn der Staatsanwalt oder der Angeklagte dies beantragt.<sup>94)</sup> Erheblich weiter gehen

<sup>90)</sup> Reichstagsverhandlungen, Bd. 7, S. 2003.

<sup>91)</sup> Mittermaier-Liepmann, Bd. 2, S. 216—218.

<sup>92)</sup> Otter, Gerichtssaal, Bd. 65, S. 34; Kahl, S. 14; Kleinfeller, Das schwurgerichtliche Verfahren und der Entwurf einer Strafprozeßordnung (1909), S. 29; P. Liepmann, Kritische Erörterungen und Vorschläge zur Strafprozeßreform, S. 16; M. Liepmann, Reform, S. 231.

<sup>93)</sup> Otter, Gerichtssaal, Bd. 65, S. 335; P. Liepmann, S. 18.

<sup>94)</sup> Heinze, Ein deutsches Geschworenengericht, 2. Aufl., S. 109.

von Schwarze, Lishausen und Oppler. Dieselben wollen den Geschworenen alle Fälle entziehen, in denen der Angeklagte ein umfassendes und glaubwürdiges Geständnis ablegt.<sup>95)</sup> Für diese Neuerung spricht nicht bloß das englische und amerikanische Vorbild,<sup>96)</sup> sondern auch der Umstand, daß für einfache Sachen — wie es eingestandene Verbrechen fast immer sind — der Apparat der Schwurgerichtsverhandlung viel zu schwerfällig, zeitraubend und kostspielig ist. Otter und Kroneder wenden ein, daß ein in der Hauptverhandlung abgelegtes Geständnis falsch sein kann.<sup>97)</sup> Dies ist natürlich richtig, aber nicht entscheidend. Falsche Geständnisse in der Hauptverhandlung sind sehr selten; sie kommen fast nur bei Geisteskranken, Schwachjinnigen und Kindern vor.<sup>98)</sup> Auch soll ja der Gerichtshof die Glaubwürdigkeit des Geständnisses prüfen. Zu dieser Prüfung ist er besser geeignet als die Geschworenenbank. Endlich kommt in Betracht, daß das Volk für die Aburteilung von geständigen Personen sich sehr wenig interessiert, wie Hartmann mit Recht hervorgehoben hat.<sup>99)</sup>

Zu prüfen wäre auch, ob der Angeklagte überhaupt vor das Schwurgericht gestellt werden muß, wenn er bereits in der Voruntersuchung ein vollständiges, erschöpfendes und glaubhaftes Geständnis abgelegt hat. Nach englischem Muster könnte auch in diesem Falle dem Untersuchungsrichter die Befugnis eingeräumt werden, die Angeschuldigten mit ihrer Einwilligung sowie mit Einwilligung der Staatsanwaltschaft sofort abzuurteilen.<sup>100)</sup> Diese Regelung hätte den großen Vorzug, das Verfahren zu beschleunigen, die Untersuchungshaft abzukürzen und die Zurücknahme von Geständnissen zu verhüten. Das hier vorgeschlagene Verfahren hat

<sup>95)</sup> v. Schwarze, Gerichtsjaal, Bd. 38, S. 65—81; Lishausen, vgl. Kroneder, Vorschläge, S. 325; Oppler, Recht, 1903, S. 450.

<sup>96)</sup> Weidlich, Die englische Strafprozeßpraxis und die deutsche Strafprozeßreform (1906), S. 16; Hartmann, Die amerikanischen Schwurgerichte bei Mittermaier-Liepmann, Bd. I, S. 681.

<sup>97)</sup> Kroneder, Vorschläge, S. 326.

<sup>98)</sup> Archiv für Kriminal-Anthropologie, Bd. 20, S. 91, Bd. 28, S. 303; Juristenzeitung, 1907, S. 1243.

<sup>99)</sup> Mittermaier-Liepmann, Bd. I, S. 681.

<sup>100)</sup> v. Pannwitz, Verhandlungen des 16. deutschen Anwaltstags, 1903, S. 55; Kahl, Goldhammers Archiv für Strafrecht, Bd. 53, S. 15, Rosenberg, Verh. des 28. Juristentags, Bd. I, S. 47; vgl. auch Friedrich, Richterzeitung, 1909, S. 203.

sich nicht bloß in England,<sup>101)</sup> sondern auch in Norwegen<sup>102)</sup> bewährt.

Anderer Einrichtungen, die in Norwegen bestehen, verdienen gleichfalls sorgfältige Beachtung. Dasselbst liegt es in der Hand des Gerichts, allgemeine Beweise über den Lebenswandel des Angeklagten sowie über die Glaubwürdigkeit eines Zeugen zu gestatten oder abzulehnen.<sup>103)</sup> Die Praxis der amerikanischen Gerichte geht ebenfalls dahin, den Zeugenbeweis über *Leumund* und *Gesinnung* abzuschneiden.<sup>104)</sup>

Die schwerfällige Form der Fragestellung kann dadurch verbessert werden, daß bei abgeleiteten und zusammengefügten Tatbeständen<sup>105)</sup> die Aufnahme von allgemein bekannten Rechtsbegriffen — wie Versuch, Mittäterschaft, Meineid usw. — in dem Wortlaut der Frage zugelassen wird.<sup>106)</sup> Es ist sogar wahrscheinlich, daß die Geschworenen die kurze, klare Frage: „Ist der Angeklagte schuldig, den X zu einem Versuch des Totschlags angestiftet zu haben?“ viel leichter und besser verstehen werden, als die Frage:

„Ist der Angeklagte schuldig, einen anderen dazu: den Entschluß, den Y zu töten, durch vorsätzliche, aber nicht mit Überlegung ausgeführte Handlungen, welche einen Anfang der Ausführung dieses Verbrechens enthalten, zu betätigen, durch Geschenke oder durch andere Mittel vorsätzlich bestimmt zu haben?“<sup>107)</sup>

Nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts ist es zulässig, das Wort „Unterschlagung“ im *weiten* Teil der Frage aus § 351 StGB. zu verwenden, dagegen nicht im ersten Teil dieser Frage.<sup>108)</sup> Wenn

<sup>101)</sup> B. Liepmann, Zeitschrift, Bd. 6, S. 417; Liepmann-Mannhardt, Summarisches Strafverfahren in England, S. 51—53, 56; Weidlich, Die englische Strafprozeßpraxis und die deutsche Strafprozeßreform, S. 6.

<sup>102)</sup> Salomonsen, S. 708.

<sup>103)</sup> Salomonsen, S. 724—725.

<sup>104)</sup> Hartmann bei Mittermaier-Liepmann, Bd. 1, S. 686.

<sup>105)</sup> Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen, Bd. 23, S. 78—79.

<sup>106)</sup> v. Liszt, Die Reform des Strafverfahrens, S. 17; vgl. ferner den Antrag v. Liszt bei Kleinfeller, Reform, S. 28; Kroneder, Vorschläge, S. 351; Rahl bei Mittermaier-Liepmann, Bd. 2, S. 18; Levison, Juristenzeitung, 1909, S. 1259; M. Liepmann, Reform, S. 218.

<sup>107)</sup> Feddersen, Das Schwurgericht, S. 151—152.

<sup>108)</sup> Entsch. des Reichsgerichts in Strafsachen, Bd. 37, S. 9, Bd. 41, S. 241.

der erwähnte Ausdruck von den Geschworenen überhaupt verstanden wird, so kann er auch in dem ersten Teil Verwendung finden. In den Fällen des § 157 StGB. darf die allgemeine Bezeichnung „Verbrechen oder Vergehen“ in die Fragestellung aufgenommen werden.<sup>109)</sup> Wenn der kurze technische Ausdruck überhaupt zulässig ist, so ist nicht einzusehen, weshalb er nicht auch in den Fällen des § 214 StGB. zulässig sein soll.<sup>110)</sup> Etwaigen Mißverständnissen, welche bei der jetzigen Form der Fragestellung oft genug vorkommen, kann und muß durch eine geeignete, den besonderen Umständen des Falles angepasste Rechtsbelehrung vorgebeugt werden. Auch erscheint es zweckmäßig, zur Erläuterung der einzelnen Rechtsbegriffe auf die gesetzlichen Definitionen zu verweisen, welche in Abschrift dem Fragebogen beizufügen sind.<sup>111)</sup>

Eine weitere Verbesserung der Fragestellung besteht darin, daß lediglich die vom Ankläger beantragten Fragen gestellt werden dürfen<sup>112)</sup>. Nach den Grundsätzen des Anklageprozesses, der seit Jahrhunderten in England und Amerika besteht, hat nicht das Gericht oder der Verteidiger, sondern einzig und allein die Anklagebehörde den Umfang der Anklage zu bestimmen.<sup>113)</sup> Hieraus folgt, daß über erschwerende Umstände, welche die Anklagebehörde fallen läßt, Fragen nicht mehr erforderlich sind. Die Interessen des Angeklagten werden durch die vorgeschlagene Beschränkung der Fragestellung nicht gefährdet. Verneinen die Geschworenen die Fragen der Anklagebehörde, so muß der Angeklagte freigesprochen werden. Die Möglichkeit einer neuen Anklage auf Grund eines anderen rechtlichen Gesichtspunktes ist allerdings auszuschließen. § 263 Absatz 2 der Strafprozeßordnung, der noch ein Rest des alten Inquisitionsprozesses ist, muß für das schwurgerichtliche Verfahren beseitigt werden.

<sup>109)</sup> Entsch. von Strafsachen, Bd. 8, S. 223, Bd. 27, S. 371.

<sup>110)</sup> Entsch., Bd. 23, S. 78; Feddersen, S. 6.

<sup>111)</sup> Vgl. den ganz ähnlichen Vorschlag von M. Liepmann, Reform, S. 221—222.

<sup>112)</sup> Binding, Preussische Jahrbücher, Bd. 32 (Augustheft), 1873, S. 163; Die drei Grundfragen der Organisation des Strafgerichts (1876), S. 87.

<sup>113)</sup> Hartmann bei Mittermaier-Liepmann, Bd. 1, S. 685, „Die Frage an die Geschworenen stellt immer der Kläger durch die Anklage, nicht das Gericht!“



M. L i e p m a n n will den G e s c h w o r e n e n das Recht einräumen, auf Grund einer Rechtsbelehrung des Vorsitzenden über die Zulassung der von einer Partei beantragten, von der anderen Partei bekämpften Hilfsfragen und Nebenfragen zu entscheiden. In schwierigen und zweifelhaften Fällen sollen die Geschworenen befugt sein, die Entscheidung über Zulassung einer Frage dem Gericht zu übertragen.<sup>114)</sup> Richtig ist, daß auf diesem Wege die Zahl der Fragen beschränkt werden kann. Es ist jedoch zu befürchten, daß bei Ausführung des erwähnten Vorschlags das Verfahren vor dem Schwurgericht noch umständlicher und zeitraubender wird als bisher. Die Parteien wären genötigt, über dieselben Streitpunkte zweimal zu verhandeln, nämlich e r s t e n s bei F e s t s t e l l u n g der Fragen und z w e i t e n s bei B e a n t w o r t u n g der Fragen.

Anderere Reformen betreffen die Spezialisierung der Fragen und die Einführung eines Spezialverdicts. Gegen diese Vorschläge sprechen die Erfahrungen, welche teils in Deutschland, teils in anderen Ländern gemacht worden sind. Es genügt, hier auf die erschöpfenden Ausführungen von R o n e d e r in seinen „Vorschlägen zur Verbesserung der Schwurgerichte“ zu verweisen<sup>115)</sup> In einem Falle jedoch muß eine Ergänzung des bisherigen Systems der Fragestellung befürwortet werden. Der deutsche Verein für Psychiatrie hat mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß bei u n z u r e c h n u n g s f ä h i g e n Angeklagten es von der größten Bedeutung sei, zu wissen, ob der objektive Tatbestand des Verbrechens für erwiesen erachtet wurde.<sup>116)</sup> Für den Fall, daß eine Hauptfrage verneint wird, müssen daher weitere Unterfragen zugelassen werden, welche einerseits die Feststellung des objektiven Tatbestandes, andererseits die Feststellung bestimmter Strafausschließungsgründe zum Gegenstand haben.

Eine sehr bestrittene Institution ist die R e c h t s b e l e h r u n g des Vorsitzenden. M a m r o t h will diese Belehrung gänzlich ab-

<sup>114)</sup> M. L i e p m a n n, Reform, S. 225—226.

<sup>115)</sup> R o n e d e r, Vorschläge, S. 343—351. — Bezüglich des Spezialverdicts vgl. auch K l e i n f e l l e r, Das schwurgerichtliche Verfahren und der Entwurf einer StPD. (1909), S. 46—47 und bezüglich der Zusatz- oder Kontroll-Fragen H ö g e l bei R i t t e r m a i e r - L i e p m a n n, S. 52, M. L i e p m a n n, Reform, S. 222.

<sup>116)</sup> Recht, 1909, S. 357—358; vgl. auch H. S e u f f e r t, Ein neues Strafgesetzbuch für Deutschland (1902), S. 32.



schaffen, weil dieselbe von einzelnen Vorsitzenden mißbraucht worden sei, um ihre subjektive Ansicht zu äußern.<sup>117)</sup> Die Ansicht von M a m r o t h muß logischerweise dazu führen, auch die Vernehmung des Angeklagten, der Zeugen und Sachverständigen durch den Vorsitzenden abzuschaffen. Nicht bloß bei einzelnen Fragen, sondern auch bei der ganzen Anordnung und Gruppierung des Beweisstoffes kann der Vorsitzende seine persönliche Ansicht durchblicken lassen. Die Rechtsbelehrung ist mit der Institution des Schwurgerichts untrennbar verbunden. So lange den Geschworenen zugemutet wird, allein über Rechtsfragen zu entscheiden, müssen sie von unparteiischer Seite eine Anweisung über Lösung ihrer Aufgabe erhalten.

In dem Entwurf von 1894 war vorgeschlagen, daß der Vorsitzende auch eine Übersicht über die Ergebnisse der Verhandlung geben sollte<sup>118)</sup>. Den gleichen Vorschlag haben auch einzelne Schriftsteller — v. B a r, H a r t m a n n u. a. — gemacht.<sup>119)</sup> Es soll also das résumé wieder eingeführt werden, welches früher in den meisten deutschen Staaten sowie in Frankreich, Belgien und einem Teile der Schweiz bestand, in allen diesen Ländern aber wieder abgeschafft worden ist.<sup>120)</sup> Der Grund für die Abschaffung war die Unmöglichkeit, das tatsächliche Ergebnis der Beweisaufnahme in völlig objektiver Weise vorzutragen.<sup>121)</sup> Bei einer Wiederbelebung dieser Institution würden voraussichtlich die gleichen Erfahrungen gemacht werden.<sup>122)</sup> Die vorgeschlagene Einrichtung setzt voraus,

<sup>117)</sup> M a m r o t h, Juristische Wochenschrift, 1902, S. 559. — Über die ältere Literatur, vgl. O h l e r, Schwurgerichte und Schöffengerichte (1896), S. 79, Anm. 71.

<sup>118)</sup> Reichstagsverhandlungen 9. Leg.-Periode, dritte Session, 1894/95, Anlagen, Bd. 1, Altenstück Nr. 15.

<sup>119)</sup> v. B a r, Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft, Bd. 26, S. 230—231; H a r t m a n n, Die Strafrechtspflege in Amerika, S. 147; Die amerikanischen Schwurgerichte, S. 699.

<sup>120)</sup> R o n e d e r, Vorschläge, S. 351—353.

<sup>121)</sup> Vgl. bezüglich des französischen Gesetzes vom 9.—20. Juni 1881 D a l l o z, Supplément zum Répertoire méthodique et alphabétique (V. Procédure criminelle, N. 1286); R o n e d e r, Vorschläge, S. 352, Text und Anm. 4.

<sup>122)</sup> B r e t t n e r, Goldammer Archiv für Strafrecht, Bd. 43, S. 26; O h l e r, Schwurgerichte und Schöffengerichte (1896), S. 78; M a m r o t h, Juristische Wochenschrift, 1902, S. 558; K l e i n f e l l e r, Die Stellung des Schwurgerichtsvorsitzenden, S. 199.

daß der Vorsitzende auf die Prozeßleitung beschränkt wird. Wenn die Parteien ihre Beweise selbst vorführen, bleibt der Vorsitzende ebenso unbefangen wie die Beisitzer, insolgedessen kann er ebenso gut eine objektive Darstellung der Beweisaufnahme geben wie jeder andere Richter. Für die Geschworenen wird es vielfach nützlich sein, wenn eine unparteiische Person, die am Ausgang des Prozesses kein Interesse hat, das Ergebnis der Verhandlung kurz und klar, aber auch ruhig und sachlich zusammenfaßt.<sup>123)</sup> Der Vorteil einer solchen Berichterstattung zeigt sich besonders in denjenigen Fällen, in welchen den Parteien widersprechende Angaben über den Inhalt einzelner Aussagen machen oder diese Aussagen in tendenziöser Weise färben. Vollständig kann der Vorsitzende allerdings seine persönliche Ansicht nicht verbergen. In England und Norwegen wird dies auch gar nicht von ihm verlangt.<sup>124)</sup> Wer die Einführung des résumé will, räumt zugleich dem Vorsitzenden die Befugnis ein, seine persönliche Ansicht über die Schuldfrage den Geschworenen in vorsichtiger und angemessener Form mitzuteilen.<sup>125)</sup> In Deutschland erscheint die vorgeschlagene Erweiterung der Machtbefugnisse des Vorsitzenden aussichtslos, wie sich aus dem Schicksal des Entwurfs von 1894 ergibt.

Mehrfach ist der Vorschlag gemacht worden, die Rechtsbelehrung der Beweisaufnahme vorauszuschicken.<sup>126)</sup> Eine allgemeine Orientierung der Geschworenen über die rechtlichen Gesichtspunkte, auf welche sie ihr Augenmerk zu richten haben, ist allerdings in vielen Fällen zweckmäßig. Dieselbe wird sich am besten an die Verlesung des Eröffnungsbeschlusses bzw. der Anklageformel anschließen. Im übrigen ist das vorgeschlagene Verfahren auch heute nicht verboten. Durch die Rechtsbelehrung, welche bei Beginn der Verhandlung erfolgt, wird jedoch eine weitere Rechtsbelehrung am Schlusse der Verhandlung nicht überflüssig. Die zweite Belehrung hat unter

<sup>123)</sup> Salomonson, Das norwegische Schwurgericht, S. 732.

<sup>124)</sup> Hartmann und Salomonson bei Mittermaier-Liepmann, Bd. 1, S. 680, 733.

<sup>125)</sup> Hartmann, S. 703.

<sup>126)</sup> Höflein, Juristische Wochenschrift, 1903, S. 94, 96; v. Pannwitz, Verhandlungen des 16. Anwaltstags 1903, S. 61; v. Liszt und Kroneder bei Kleinfeller, Reform, S. 24, 25; Rahl, Kroneder, M. Liepmann bei Mittermaier-Liepmann, Bd. 1, S. 21, 354, Bd. 2, S. 232; B. Mittermaier, Monatsschrift für Medizinalpsychologie, Bd. 2, S. 19; M. Liepmann, Mitt., Bd. 16, S. 65.

anderem den Zweck, die gestellten Fragen im einzelnen zu erläutern.

M. Liepmann will sogar eine dreifache Rechtsbelehrung einführen: 1. Vor der Vernehmung des Angeklagten soll der Vorsitzende eine vorläufige Rechtsbelehrung geben; 2. Nach Schluß der Beweisaufnahme soll der Vorsitzende die endgültige Rechtsbelehrung erteilen, die im wesentlichen als eine Wiederholung der vorläufigen gedacht ist; 3. Bis zur Verkündung des Spruchs soll das Gericht verpflichtet sein, jeder Zeit die Geschworenen auf ihr Verlangen über einzelne erhebliche Rechtsfragen zu belehren. Diese dritte Rechtsbelehrung soll zwar eine Gerichtsentscheidung sein, aber doch keine bindende Kraft für die Geschworenen haben.<sup>127)</sup> Dieselbe hat also genau denselben juristischen Charakter wie die beiden anderen Rechtsbelehrungen, nämlich den Charakter eines amtlichen Gutachtens. Es bedarf keiner Ausführung, daß eine besondere Rechtsbelehrung des Gerichts neben der vorläufigen und endgültigen Rechtsbelehrung des Vorsitzenden gänzlich überflüssig ist und — im Falle eines Widerspruchs — sogar schädlich wirken kann.

Großen Beifall hat die Forderung gefunden, daß die Rechtsbelehrung des Vorsitzenden protokolliert werden soll, damit etwaige Übergriffe und Fehler zum Gegenstand eines Revisionsangriffs gemacht werden können. Der deutsche Juristentag, die Reichsjustizkommission, der Reichstag und die Strafprozeßkommission des Berliner Anwaltvereins haben Beschlüsse in diesem Sinne gefaßt.<sup>128)</sup> In der Literatur haben Rahl, Kroneder, Weingart, von Bar, M. Liepmann — mit gewissen Vorbehalten auch Kleinfeller — die Protokollierung der Rechtsbelehrung befürwortet.<sup>129)</sup>

Es muß zugegeben werden, daß eine solche Protokollierung möglich ist. Hierfür sprechen schon die praktischen Erfahrungen,

<sup>127)</sup> M. Liepmann, Reform, S. 232—241.

<sup>128)</sup> Verhandlungen des 13. Juristentags, Bd. 2, S. 211; Sahn, Materialien zur StPD., Bd. 2, S. 1571, 1572, 1908, 2225; Juristenzeitung, 1909, S. 536.

<sup>129)</sup> Pannwitz, Verh. des 16. Anwaltstags, 1903, S. 61; Weingart bei Aschrott, Reform, S. 750; Mittermaier-Liepmann, Bd. 1, S. 22, 207—208, 356—359, Bd. 2, S. 243; v. Bar, Zeitschrift, Bd. 26, S. 230; Kroneder bei Kleinfeller, Reform, S. 34.

welche in Oesterreich, Ungarn und Norwegen gemacht worden sind.<sup>130)</sup> In einem großen Teil der Vereinigten Staaten wird die Rechtsbelehrung (charge) schriftlich erteilt und zwar häufig unter Benutzung feststehender Formulare.<sup>131)</sup> Auch in Deutschland wäre die schriftliche Protokollierung der Rechtsbelehrung nichts neues; dieselbe ist bereits 1868 im Königreich Sachsen eingeführt worden. Auf Grund seiner sächsischen Erfahrungen hat v. Schwarz die Ausdehnung dieser Institution auf ganz Deutschland empfohlen.<sup>132)</sup> Trotz der genannten Vorbilder ist es jedoch zweifellos, daß die vorgeschlagene Reform auch große Schattenseiten hat. Eine schriftliche Feststellung der Rechtsbelehrung vor der Hauptverhandlung ist nicht möglich, da der Vorsitzende nicht mit Sicherheit voraussehen kann, welche Rechtsausführungen von den Parteien gemacht und welche Hülfsfragen von ihnen beantragt werden. Eine Protokollierung der ganzen Rechtsbelehrung in der Hauptverhandlung wäre ebenso überflüssig wie zeitraubend; auch würde die Aufmerksamkeit der Geschworenen bei einem längeren Diktat bald ermüden. Die Protokollierung einzelner Sätze der Rechtsbelehrung hätte zur notwendigen Folge, daß diese Sätze aus dem Zusammenhange gerissen werden. Ausführungen, die im konkreten Falle gar nicht mißverstanden werden können, erhalten bei abstrakter Betrachtung eine ganz andere Bedeutung. Ein ungeschickter Ausdruck, dessen wahrer Sinn aus früheren oder späteren Äußerungen sich ergibt, müßte — für sich allein betrachtet — zur Aufhebung des Urteils führen. Endlich ist doch nicht zu erwarten, daß Personen, welche den Vorsitz in einem Schwurgericht führen, bei der Rechtsbelehrung grobe Fehler machen. Es wird sich in der Regel um zweifelhafte und bestrittene Rechtsfragen handeln, über welche der Vorsitzende ein amtliches, aber unverbindliches Gutachten abgibt. Hiernach empfiehlt es sich, die Protokollierung nur zum Zwecke einer Nachprüfung zuzulassen, ob der Vorsitzende die Grenzen der Rechtsbelehrung überschritten hat, dagegen nicht zum Zwecke einer Nachprüfung, ob die Rechtsbelehrung materiell richtig ist.

Sollte trotz aller Bedenken die unrichtige Rechtsbelehrung als Revisionsgrund anerkannt werden, so erscheint die Forderung

<sup>130)</sup> Kroneder, Vorschläge, S. 358, Anm. 1; Salomonson, S. 734.

<sup>131)</sup> Hartmann, Die Strafrechtspflege in Amerika (1906), S. 83—84.

<sup>132)</sup> Sahn, Materialien zur StPD., Bd. 1, S. 931.

berechtigt, die richtige Rechtsbelehrung mit verbindlicher Kraft auszustatten.<sup>133)</sup> In England und Amerika gilt kraft Gewohnheitsrechts der Satz, daß die Geschworenen die vom Vorsitzenden erteilte Rechtsbelehrung zur Richtschnur für ihre Entscheidung nehmen müssen.<sup>134)</sup> In Deutschland hat schon der 14. Juristentag beschlossen, daß die Rechtsbelehrung des Vorsitzenden bindende Kraft haben soll.<sup>135)</sup> Dieser Satz kann natürlich nur eine *lex imperfecta* sein; derselbe hat jedoch die praktische Wirkung, die Autorität des Vorsitzenden zu erhöhen und die Legende von der „Souveränität“ der Geschworenen auf das gründlichste zu zerstören.

Den dunkelsten Punkt im ganzen schwurgerichtlichen Verfahren bilden nach allgemeiner Ansicht die Vorgänge im Beratungszimmer der Geschworenen, welche jeder Kontrolle durch die Berufsrichter sowie durch die Öffentlichkeit entzogen sind. *Berolzheimer* will eine engere Verbindung zwischen Richterbank und Geschworenenbank herstellen. An der Urteilsfindung der Geschworenen sollen die Berufsrichter mit beratender Stimme Teil nehmen; andererseits sollen auch die Geschworenen bei den Entscheidungen des Gerichtshofs mit beratender Stimme mitwirken.<sup>136)</sup> Noch einen Schritt weiter geht *Gneist*. Derselbe will nicht bloß einheitliche Beratung der Schuldfrage, sondern auch einheitliche Beschlussfassung, wenn beide Kollegien übereinstimmen.<sup>137)</sup> Diesen Vorschlägen steht das Bedenken entgegen, daß auch die Berufsrichter verschiedener Meinung über die Schuldfrage sein können. In solchen Fällen würden die Schwierigkeiten der Urteilsfindung für die Geschworenen nicht vermindert, sondern vermehrt<sup>138)</sup>.

<sup>133)</sup> *Gneist*, Berh. des 18. Juristentags, Bd. 2, S. 401, des 22. Juristentags, Bd. 3, S. 446. Weitere Literatur-Nachweise bei *Kroneder*, Vorschläge, S. 362, Anm. 1.

<sup>134)</sup> *Glafer*, Anklage, Wahrspruch und Rechtsmittel (1866), S. 312; *Gneist*, Vier Fragen, S. 155, 164, 166; *Winning*, Die drei Grundfragen usw., S. 94; *Sahn*, Mat. zur StPD., Bd. 1, S. 447, 451; *Sartmann*, Strafrechtspflege in Amerika, S. 83; *Freund*, Juristenzeitung 1906, S. 189; *Kleinfeller*, Die Stellung des Schwurgerichtsvorsitzenden, S. 121—122.

<sup>135)</sup> Berh. des 14. Juristentags, Bd. 2, S. 120—151.

<sup>136)</sup> *Berolzheimer*, System der Rechts- und Wirtschaftsphilosophie, fünfter Band (1907), S. 191.

<sup>137)</sup> *Gneist*, Berh. des 18. Juristentags, Bd. 2 (1886), S. 313, 400.

<sup>138)</sup> *Rühne*, Berh. des 18. Juristentags, Bd. 2, S. 398.

Ein anderer Vorschlag geht dahin, ein Mitglied des Gerichtshofs — und zwar entweder den Präsidenten<sup>139)</sup> oder einen Beisitzer<sup>140)</sup> — an der Urteilsfindung der Geschworenen mit beratender Stimme teil nehmen zu lassen. Diese Mitwirkung eines Richters ist entbehrlich, wenn schon unter den Geschworenen ein Mitglied des Gerichtshofs oder ein Rechtsgelehrter sich befindet; sie ist dagegen nützlich und sogar notwendig, wenn die Geschworenenbank vollständig aus juristischen Laien zusammengesetzt ist. Ob der Beisitzer im Beratungszimmer der Geschworenen eine erspriessliche Tätigkeit entfalten kann, wird in erster Linie von seiner Persönlichkeit abhängen; der Vorsitzende wird schon durch seine amtliche Stellung eine größere Autorität gegenüber den Geschworenen haben. Im Kanton Genf besteht seit dem Jahre 1890 die Einrichtung, daß der Präsident des Schwurgerichts an der Beratung der Geschworenen teil nimmt. Nach dem Urteil von Picot hat diese Einrichtung sich bewährt,<sup>141)</sup> was auch sehr glaubhaft erscheint. Die Kritik, welche Otter an dem Genfer System geübt hat,<sup>142)</sup> wird hinfällig, wenn der Vorsitzende zunächst seinen Rechtsstandpunkt in öffentlicher Sitzung festlegt und hierauf mit den Geschworenen sich zurückzieht.<sup>143)</sup>

Rahl und Winkler wollen einen Richter den Geschworenen nur dann begeben, wenn letztere seine Mitwirkung verlangen.<sup>144)</sup> Dieser Vorschlag hat das Mißliche, daß die Geschworenen ihre Unfähigkeit erst amtlich konstatieren müssen, bevor ihnen juristischer Beistand gewährt wird.

von Treitschke und Hartmann verlangen, daß die Schulfrage nur bejaht werden dürfe, wenn Einstimmigkeit

<sup>139)</sup> Kronauer, Mitt. der ZRB., Bd. 12, S. 400; W. Mittermaier, Mitt. der ZRB., Bd. 11, S. 287; Monatschrift für Kriminalpsychologie, Bd. 2 (1905), S. 20; Schwörer bei Mittermaier-Liepmann, Bd. 1, S. 86; v. Liszt, Reform des Strafverfahrens, Seite 18.

<sup>140)</sup> Heinze, Ein deutsches Geschworenengericht, 2. Aufl. (1865), S. 168; v. Liszt, Reform, S. 18; Winkler, Recht, 1903, S. 305.

<sup>141)</sup> Zeitschrift für schweizer Strafrecht, Bd. 6 (1893), S. 62—66.

<sup>142)</sup> Gerichtssaal, Bd. 65, S. 333.

<sup>143)</sup> W. Mittermaier, Monatschrift für Kriminalpsychologie, Bd. 2, S. 20.

<sup>144)</sup> Rahl bei Mittermaier-Liepmann, Bd. 1, S. 22; Winkler, Recht, 1903, S. 305.



der Geschworenen vorliege.<sup>145)</sup> Diese Einrichtung bestehe zwar in England und Amerika,<sup>146)</sup> paßt aber nicht für deutsche Verhältnisse. Bei der Eigenart des deutschen Nationalcharakters ist zu befürchten, daß unter den Geschworenen fast immer ein doktrinäres, eigensinniger oder unpraktischer Querkopf sein wird, der sodann allein jede Verurteilung vereiteln könnte.

Heinze und von Bar wollen die verstärkte Majorität, welche zur Bejahung der Schuldfrage erforderlich ist, noch weiter erhöhen und zwar Heinze von acht auf elf, von Bar nur auf neun Stimmen.<sup>147)</sup> Ein praktisches Bedürfnis für diese Änderung ist nicht erwiesen.

Wird ein Richter als Mitglied oder sachverständiger Berater zu der Urteilsfindung der Geschworenen zugelassen, so ist es auch möglich, dem Spruch der letzten Gründe beizufügen.<sup>148)</sup> Ein großer Fortschritt wäre schon dann erzielt, wenn die Verneinung der Schuldfrage begründet werden müßte. Bei der schriftlichen Abfassung der Gründe können Formulare benutzt werden, auf denen besondere Rubriken für den objektiven Tatbestand, den subjektiven Tatbestand sowie für die Strafausschließungsgründe vorgedruckt sind. Die Feststellung der Gründe kann in einfachster Weise dadurch erfolgen, daß die in Betracht kommenden Rubriken mit „Ja“ oder „Nein“ ausgefüllt werden.<sup>149)</sup>

Allgemein wird anerkannt, daß die Mitwirkung der Geschworenen bei der Strafzumessung eine zweckmäßige Neuerung ist.<sup>150)</sup>

<sup>145)</sup> v. Treitschke, Politik, Bd. 2 (1898), S. 438, 439; Hartmann, Strafrechtspflege in Amerika, S. 147.

<sup>146)</sup> Glaser, Anklage, Wahrpruch und Rechtsmittel, S. 144; Hartmann bei Mittermaier-Liepmann, Bd. 1, S. 682—683; Freund, Juristenzeitung, 1906, S. 188.

<sup>147)</sup> Heinze, Ein deutsches Geschworenengericht, 2. Aufl., S. 183—184; v. Bar, Goldammer's Archiv, Bd. 48, S. 203.

<sup>148)</sup> Vgl. die Literatur-Nachweise bei Kroneder, Vorschläge, S. 367, Anm. 1.

<sup>149)</sup> Kroneder, S. 367, Text und Anm. 2.

<sup>150)</sup> Heinze, Ein deutsches Geschworenengericht, 2. Aufl., S. 192; Hamann, Verh. des 22. Juristentags, Bd. 4, S. 456; v. Liszt, Reform des Strafverfahrens, S. 18; vgl. auch den Vorschlag von Liszt bei Kneiffeller, Reform, S. 31; Dittler, Gerichtssaal, Bd. 68, S. 93, 106; Mittermaier-Liepmann, Bd. 1, S. 22 (Kahl), S. 83 (Schwörer), S. 371 (Kroneder), S. 376 (Friedrich), Stranz,



Wenn die Geschworenen wissen, daß sie entscheidenden Einfluß auf Art und Maß der Strafe haben, werden sie nicht mehr — wie bisher — bloß deshalb freisprechen, weil sie eine zu hohe Strafe befürchten. Es genügt jedoch nicht, daß z w e i oder v i e r Geschworene bei der Strafzumessung mitwirken, wie H e i n z e und W e i n g a r t vorgeschlagen haben;<sup>151)</sup> vielmehr muß die Strafe in gemeinsamer Beschlußfassung von dem Gerichtshof und s ä m t l i c h e n Geschworenen zusammen festgesetzt werden. Dieser Rechtszustand besteht seit zwanzig Jahren bereits im Kanton Genf.<sup>152)</sup> Derselbe soll auch in Frankreich eingeführt werden.<sup>153)</sup>

W o l f g a n g H e i n e erklärt die Einführung einer B e r u f u n g s i n s t a n z gegen Schwurgerichtsurteile für notwendig.<sup>154)</sup> Durch eine solche Neuerung würde die Langsamkeit und Schwerfälligkeit des ganzen Verfahrens v e r d o p p e l t werden.

Als Resultat dieser Ausführungen ergibt sich, daß eine w i r k s a m e Verbesserung des Schwurgerichts nur dann möglich ist, wenn eine engere Verbindung zwischen Richterbank und Geschworenenbank — sei es durch Buziehung eines Richtergeschworenen, sei es durch Teilnahme des Präsidenten oder eines Beisitzers an der Beratung — hergestellt wird. Diese Änderung berührt — wie mit Recht geltend gemacht worden ist<sup>155)</sup> — das W e s e n des Schwurgerichts; sie beeinträchtigt die S e l b s t ä n d i g k e i t der Geschworenen, ihre U n a b h ä n g i g k e i t vom Gerichtshof. Sie gefährdet ihre F r e i h e i t v o n a m t l i c h e r B e v o r m u n d u n g; sie durchschneidet —

---

Zuristenzeitung, 1908, S. 463; P. L i e p m a n n, Kritische Erörterungen und Vorschläge zur Strafprozeßreform, S. 23, 24; L a n d é, Juristenzeitung, 1910, S. 179.

<sup>151)</sup> H e i n z e, S. 192—194; W e i n g a r t (bei A s c h r o t t), S. 748 (bei K l e i n f e l l e r), S. 30.

<sup>152)</sup> K r o n e d e r, Vorschläge, S. 370.

<sup>153)</sup> Journal officiel. Documents parlementaires Chambre des députés 9 Législature, Session ordinaire 1908, Annexe Nr. 1605 (Entwurf Briand).

<sup>154)</sup> W. H e i n e, Kulturparlament, 5—6. Heft, S. 82.

<sup>155)</sup> S a h n, Materialien zur StPD., Bd. 1, Anlage 5 zu den Motiven, S. 444; Entwurf einer StPD. von 1908, Motive, S. 144, Entwurf von 1909, Motive, S. 14; S t e n g l e i n, Gutachten für den 22. Juristentag, Bd. 1, S. 116; A s c h r o t t, Reform des Strafprozesses, S. 62 (Generalreferat); W. M i t t e r m a i e r, Monatsschrift für Kriminalpsychologie, Bd. 2 (1905), S. 22—23; W e i n g a r t bei A s c h r o t t, Reform, S. 438; R a h l, S. 23; M. L i e p m a n n, Reform, S. 247—248.

wie O t t e r sich ausdrückt — den „Lebensnerv“ des Schwurgerichts.<sup>156)</sup>  
Mit vollem Recht hat bereits F e u e r b a c h ausgeführt:

„Wo sich zwischen die Verhandlungen und das eigene, freie Auge des gemeinen Verstandes irgend etwas dazwischen drängen darf, wo demselben irgend eine, wenn auch noch so bescheidene Vormundschaft als Rat und Beistand gegeben ist, da ist nicht mehr das echte G e s c h w o r e n e n g e r i c h t.“<sup>157)</sup>

Unter diesen Umständen liegt die Frage nahe: Welchen vernünftigen Zweck hat es, die schwerfällige und kostspielige Form des Schwurgerichts aufrecht zu erhalten, wenn zahlreiche und eifrige Anhänger dieses Instituts selbst zugeben, daß das W e s e n desselben geändert werden muß?

---

<sup>156)</sup> Gerichtssaal, Bd. 68, S. 95; vgl. auch S t r a n z, Juristenzeitung, Bd. 13, S. 463.

<sup>157)</sup> F e u e r b a c h, Betrachtungen über das Geschworenengericht, 1813. S. 186.

---